Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Mittwoch, 23. Februar 1921

Nummer 89 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Kopfzeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worten-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4602, 4635, 4648, 4929

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kriegsrechnung

I. Die Forderungen der Entente

Der Friedensvertrag verpflichtet im Artikel 231 Deutschland zum Ersatz aller Verluste und aller Schäden, welche die Ententeregierungen und ihre Angehörigen infolge des Krieges erlitten haben. Im Artikel 232 erkennen die alliierten Regierungen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands nicht ausreichen, um die vollständige Wiedergutmachung aller dieser Verluste und aller dieser Schäden sicher zu stellen, indem sie der ständigen Verminderung dieser Hilfsmittel Rechnung tragen, die sich aus den anderen Bestimmungen des Vertrages ergibt. Die Höhe der Schäden muß von der Wiedergutmachungskommission bis zum 1. Mai 1921 festgesetzt werden. Die Kommission muß gleichzeitig einen Tilgungsplan aufstellen, der die Fristen und die Art der Ablösung der Gesamtschuld innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren vorsieht. Vorher muß der deutschen Regierung angemessene Gelegenheit gegeben werden, gehört zu werden.

Die Pariser Beschlüsse bedeuten schon dadurch, daß sie statt einer 30jährigen eine 42jährige Tilgung vorsehen, eine Abänderung des Friedensvertrages, ganz abgesehen von den Strafbestimmungen, deren ausdrückliche Anerkennung durch die deutsche Regierung sie fordern.

Um den Standpunkt der Ententeregierungen zu verstehen, muß man sich die Höhe dieser Schäden vor Augen halten. Nach der Rechnung, die die Franzosen aufgemacht haben, handelt es sich um drei große Posten. Erstens um den Sachschaden. Die Franzosen behaupten, daß dieser allein für Frankreich 31 Milliarden Franken in Gold betrage. Eine Schätzung von deutscher Seite liegt, soweit uns bekannt, nicht vor und ist auch schwer möglich. Keynes schätzt den Sachschaden in den verwüsteten und okkupierten Gebieten Nordfrankreichs auf 10 Milliarden Goldmark und beruft sich auf das Zeugnis des Franzosen Plupin, der zu einer Schätzung von 10—15 Milliarden Franken gelangt.

Dazu kommt dann nach den französischen Rechnungen der kapitalisierte Betrag für die Pensionen an die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die die Franzosen auf 60 Milliarden Franken für Frankreich allein angeben und noch 13 Milliarden Papierfranken für bereits gezahlte Geldentschädigungen. Die französische Rechnung macht also bereits allein gegen 100 Milliarden Goldmark aus.

Keynes rechnet als französischen Anspruch nur 16 Milliarden Goldmark (10 Milliarden Sachschaden und 6 Milliarden Ersatz für Abgaben und Requisitionen im besetzten Gebiet) und als berechtigte Forderung aller Verbündeten 42,4 Milliarden Mark (Belgien 10, Frankreich 16, Großbritannien 11,4, andere Verbündete 5). Im Friedensvertrag wurden aber im Widerspruch zu den Waffenstillstandsbedingungen Deutschland auch die Kosten für die Pensionen und Unterstützungen an die kranken und invaliden Kriegsopfer und ihre Hinterbliebenen auferlegt. Und diese Bestimmung ist es, die Deutschland die größte finanzielle Bürde auferlegt. Keynes berechnet den kapitalisierten Betrag auf 100 Milliarden Goldmark (Großbritannien 28 Milliarden, Frankreich 48, Italien 10, die übrigen, einschließlich der Vereinigten Staaten, 14).

Die Berechnungen von Keynes bleiben hinter den französischen beträchtlich zurück. Aber auch nach seiner Schätzung würden sich unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zwischen 132—160 Milliarden Goldmark belaufen, wobei die Ungeheuerlichkeit dieser Summe größtenteils durch die Aufbringung der Pensionen bewirkt wird.

Daß diese Summe, die noch mit 5 Prozent zu verzinsen ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt, kann nicht geleugnet werden. Auf der Konferenz in Boulogne einigten sich deshalb die Alliierten zunächst auf eine Forderung von 100 Milliarden Goldmark. Zu 5 Prozent verzinst hätte das eine Gesamtsumme von 269 Milliarden gegeben, die in 42 Jahresraten zu zahlen gewesen wäre. In den ersten fünf Jahren je drei, in den fünf folgenden sechs, in den letzten 32 Jahren sieben Milliarden Goldmark. Die Franzosen berufen sich nun darauf, daß die Pariser Beschlüsse demgegenüber eine gewisse Milderung bedeuten, weil die fixe Gesamtsumme 226 Milliarden Mark betrage. Dazu kommt allerdings die Exportauflage, auf der anderen Seite aber bis acht Prozent Abzug bei Vorausbezahlung. Von der Gesamtsumme sollen 52 Prozent an Frankreich kommen.

Wir haben diese Zahlen angeführt, um unseren Lesern eine Vorstellung zu geben, von welchen Voraussetzungen ein großer Teil der öffentlichen Meinung in den Ententeländern ausgeht.

Wir selbst möchten meinen, daß diese ganzen Rechnungen im Grunde genommen sehr geringen Wert haben. Real betrachtet liegen die Dinge so: Die kriegführenden Länder, besonders Frankreich, Belgien, Serbien und Italien haben unter dem Kriege außerordentlich gelitten. (Die Kriegskosten der Alliierten werden auf 500 Milliarden Mark geschätzt.) Sie haben Deutschland besiegt und wollen einen Teil der Kriegskosten auf Deutschland abbürden. Auf der anderen Seite hat Deutschland selbst durch den Krieg außerordentlich gelitten, direkt durch den Verlust wichtiger Produktionsgebiete, der Handelsflotte und durch die ihm auferlegten Zwangslieferungen, indirekt durch die Zerstörung der ökonomischen Leistungsfähigkeit Osteuropas. Das Problem ist nicht, was gezahlt werden soll, sondern was gezahlt werden kann. Frankreichs Hauptsorgen, und dasselbe gilt in ähnlicher Weise für die anderen Länder sind dreifacher Art: Die Franzosen leiden unter einer starken Zerrüttung ihres Staatshaushalts. Irren wir nicht, so beträgt das französische Defizit zirka 16 Milliarden Papierfranken. Sie leiden ferner unter dem Defizit der Handelsbilanz. Im Jahre 1919 übertraf die Einfuhr die Ausfuhr um 24 Milliarden, im Jahre 1920 um 13 Milliarden Franken. Diese Verhältnisse haben auch in Frankreich zur Geldentwertung geführt und den französischen Franken auf etwa zwei Fünftel seines Goldwertes reduziert.

Dazu kommt noch die drückende Last der auswärtigen Verschuldung. Frankreich schuldet ungefähr 11 Milliarden Goldmark den Vereinigten Staaten, etwas über 10 Milliarden in England. Dieses selbst schuldet an die Vereinigten Staaten gegen 17 Milliarden, während es selbst an alle Verbündeten fast 35 Milliarden ausgeliehen hat, darunter über 11 Milliarden an Rußland. Amerika hat von den europäischen Verbündeten 40 Milliarden Goldmark zu fordern!

Für Frankreich handelt es sich also zunächst um Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und in der Handelsbilanz, sodann um die Verzinsung seiner auswärtigen Schuld. Dazu sollen die deutschen Zahlungen dienen, und die Franzosen hoffen dabei nicht nur auf die deutschen Jahresraten, sondern darauf, diese als Garantie für internationale Anleihen benutzen zu können. Deshalb würden auch sie eine Vereinbarung einer gewaltsamen Lösung vorziehen, weil sie wissen, daß ein gewaltsames Vorgehen die Aussichten auf diese Anleihen, also für die Mobilisierung der Schuld, außerordentlich verschlechtert.

Die große Gefahr besteht nun darin, daß die Entente-Regierungen, um ihre Forderungen durchzusetzen, fortgesetzt mit Gewalt drohen. Sie befinden sich selbst in einer Zwangslage, weil die Stimmung eines großen Teiles der Bevölkerung in den Siegerländern nüchterne Erwägung und Berechnung der ökonomischen Möglichkeiten noch immer ausschließt. Die Erkenntnis, trotz des Sieges schwere Lasten tragen zu müssen, würde eine Enttäuschung hervorrufen, die den Regierungen und Parteien, die Träger der Kriegsstimmung gewesen sind, gefährlich werden könnte.

Das alles macht die Situation so kritisch und gefährlich. Es ist zu befürchten, daß die Welt wieder in eine zwangsläufige Entwicklung gerät, ähnlich jener im Juli 1914 und die Gefahr gewaltsamer Lösung ist außerordentlich groß. Das Ausmaß der Gewalt, das aufgebracht werden müßte, mag den Entente-Regierungen gering erscheinen. Aber die Folgen könnte bei den sozialen Spannungen und der riesig weit vorgeschrittenen Verelendung für ganz Mittel- und Osteuropa unabsehbar sein.

Umgekehrt hat keine Klasse in Deutschland, und am wenigsten die Arbeiterklasse Interesse an einer Katastrophenpolitik, unter der sie in erster Linie zu leiden hätte. Das deutschnationale Gebrüll ist ganz unsinnig, weil gar keine wirkliche Macht dahinter steht. Das kommunistische ist es nicht minder, denn das viel gerühmte militärische Bündnis mit Sowjet-Rußland ist erst recht eine Utopie. Selbst wenn sich die Kommunisten darüber einig geworden sein werden, ob dieses Bündnis erst nach der Eroberung der politischen Macht von dem Proletariat oder schon vorher von der Bourgeoisie Deutschlands abzuschließen sei — die Einigung ist vorerst nicht abzusehen — so bleibt es eine vollendete Narretei, von einer solchen Politik etwas anderes zu erwarten als Elend und Chaos. Rußland ist ökonomisch vollständig zerrüttet. Es sind noch nicht einmal deutliche Zeichen einer beginnenden Besserung zu sehen. Umgekehrt zeigt der Streit über die Rolle, die die Gewerkschaften beim Wiederaufbau der Industrie übernehmen wollen, daß selbst noch über die Voraussetzungen des Wiederaufbaues keine Einigung herrscht. Jedermann weiß aber, daß die Kriegführung heute vor allem bestimmt ist durch die Größe der Kriegsindustrie und die Vollendung der Kriegstechnik. Die Aussichten für eine erfolgreiche Kriegführung sind weder für Rußland noch für Deutschland gegeben und für Rußland hat ja die schwere Niederlage in Polen den Beweis hierfür erbracht. Die Hoffnung auf eine Revolution in Frankreich, die durch einen neuen Krieg ausgelöst würde, ist völlig utopisch. Für Frankreich würde es sich im wesentlichen um Ausdehnung der Besetzung handeln, die eine verhältnismäßig nicht allzugroße Zahl von Truppen erforderte und sicher keine revolutionären Wirkungen zeitigte. Für das deutsche Proletariat aber bedeutete es noch fürchterlicheres Elend und selbst der Besitz der politischen

Russischer Ueberfall auf Georgien

Tiflis von den Bolschewisten eingenommen

DA. Paris, 22. Februar.

Die Agentur Havas meldet: Die Stadt Tiflis wurde von den bolschewistischen Truppen nach kurzer Beschießung eingenommen. Die georgischen Truppenabteilungen sind größtenteils von der roten Armee gefangen genommen worden.

•

Bestätigt sich diese Meldung, so haben die immerwährenden Plänkeleien zwischen Sowjet-Rußland und Georgien nun zum offenen Kampf geführt. In Moskau hat man von allem Anfang an Georgien, das sich unabhängig von Sowjet-Rußland seine staatliche Verfassung auf demokratischer Grundlage gegeben hat, unfreundlich gegenübergestanden. Zweifellos wird die Sowjet-Regierung für den Krieg gegen Georgien eine ganze Reihe von Gründen geltend zu machen versuchen. Kriegsgründe sind ja von jeher ziemlich wohlfeil. Der hauptsächlichste Grund ist wohl der, daß Sowjet-Rußland in seinen Absichten, sich mit einem Kranz von äußerlich selbständigen, aber von Moskau abhängigen Sowjet-Republiken zu umgeben, bei Georgien auf entschlossenen Widerstand gestoßen ist. Da Ueberredungen und sanfte Drohungen nichts ausgerichtet haben, gebrauchte man die Gewalt. Es besteht natürlich kaum eine Möglichkeit, daß das kleine Georgien dem ungleich mächtigeren militärischen Gegner widerstehen kann.

Hilferuf der georgischen Sozialisten

Vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Georgiens und dem Executivkomitee der georgischen Gewerkschaften erhielt der Berliner Vertreter der sozialdemokratischen Partei Georgiens, Achmeteli, nachfolgendes Telegramm aus Tiflis:

„Die Moskauer Regierung hat den Friedensvertrag mit Georgien gebrochen. Russische Sowjettruppen drangen ohne Kriegserklärung in Georgien ein. Unter kommunistischer Fahne setzt Moskau die Zarenpolitik fort und versklavt kleine Nationen. Im Namen aller Arbeiter und Bauern Georgiens erheben wir energischen Protest gegen diesen Ueberfall. Das Proletariat und die Bauern Georgiens verteidigen ihre Grenzen und werden bis zum letzten Blutstropfen für die Erhaltung ihrer Freiheit und für das sozialistische Ideal kämpfen. In der Verteidigung unserer Freiheit rechnen wir auf die moralische Hilfe der ganzen sozialistischen Welt. Kameraden, wir sind überzeugt, daß ihr nicht dulden werdet, daß unter der Maske von Sozialismus und Kommunismus die Regierung von Moskau die georgische Republik vernichtet.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Georgiens.
Das Exekutivkomitee der Gewerkschaften Georgiens."

Von der Londoner Konferenz

HA. London, 22. Februar.

Heute morgen begann die Londoner Konferenz wieder. Die britischen, französischen und griechischen Delegierten versammelten sich in der Amtswohnung von Lloyd George. Der griechische Premierminister setzte den Standpunkt Griechenlands nochmals auseinander und teilte nähere Einzelheiten bezüglich der Lage in Kleinasien mit. Er erklärte, er hege das größte Vertrauen, daß die griechischen Streitkräfte in der Lage seien, mit den Kemalisten fertig zu werden, und führte weiter aus, daß Griechenland keinerlei weitere Staatsvorschüsse von den Alliierten verlangen werde, daß ihm aber andererseits auch nicht die Möglichkeit abgeschnitten werden dürfe, die Vorschüsse, die es für die Durchführung seines Programms in Kleinasien braucht, von privater Seite zu erhalten. Diese Möglichkeit bestehe, wenn die Entente nicht ihr Veto dagegen einlege.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich sehr eingehend mit dem ersten Tag der Londoner Konferenz. Sie fürchten, daß Lloyd George aufs neue einen Sieg über Frankreich errungen hat. Gleichzeitig aber bestätigen sie, daß er mit Briand gemeinschaftlich vorgegangen sei. Offenbar hätten die beiden Staatsmänner die Besprechungen nicht durch gegenseitige Unannehmlichkeiten trüben, sondern Frankreich und England die Vermittlerrolle spielen lassen wollen.

Es heißt, das Frankreich Cilicien, Nordsyrien und Kurdestan den Türken zurückgeben möchte, während es Smyrna zu einem autonomen Staat machen will, wenn es Garantien für die Wahrung der Rechte der christlichen Bevölkerung erhält. Im Gegensatz zu dieser Meldung verlautet, daß Kalogeropulos aus Athen den Befehl erhalten hat, zu verlangen, daß die griechischen Rechte restlos anerkannt werden. Sforza erklärte, wie „Echo de Paris" mitteilt, daß die Kemalisten immerhin die alte napoleonische Taktik durchführen und sich in das Hochgebirge zurückziehen könnten. Lloyd George aber erwiderte darauf: „Der Schnee in Rußland hat Napoleon ins Verderben gestürzt. In Kleinasien gibt es keinen Schnee!" Sforza antwortete darauf: „Sie vergessen, daß Angora in einer Höhe von 3500 Metern über dem Meeresspiegel liegt." Lloyd George meinte hierauf: „Das macht nichts, dann werden die Operationen eben im Hochsommer stattfinden."

Macht würde unter solchen Umständen das Elend nicht allzu sehr vermindern können.

In Wirklichkeit hieße es ja auch am Sozialismus selbst verzweifeln, wenn man nach dem kommunistischen Rezept nur von einer neuen kriegerischen Katastrophe den Sieg des Sozialismus erwartete.

Deswegen halten wir es allerdings für eine Pflicht des Proletariats sowohl in Deutschland, als auch in Frankreich, England und Italien, sich nicht passiv zu verhalten und erst von einer kommenden Katastrophe das Heil zu erwarten, sondern vielmehr alle Kraft aufzubieten, um zu Vereinbarungen zu gelangen, die wirtschaftlich erträglich und erfüllbar sind. Dabei ist das Interesse des Proletariats in allen Ländern identisch, weil eine weitere Verelendung des deutschen Proletariats die Lebenshaltung der Arbeitermassen überall herabdrücken würde und die Fortdauer der Unsicherheit überall die Krise verschärfen müßte.

Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so zeigt ja die Tatsache, daß im Saarrevier, in Belgien und Süd-Wales bereits Feierschichten im Kohlenbergbau eingelegt und Bergarbeiter entlassen werden, während in Deutschland noch Kohlennot herrscht und Ueberschichten verfahren werden, in Oesterreich die Eisenindustrie wegen Koksmangel nur zu einem Drittel ihrer Leistungsfähigkeit arbeitet, wie eng verknüpft die ökonomischen Interessen sind. Ebenso hat das Ueberangebot der abgelieferten deutschen Schiffe in England zuerst zu einer Notlage der Rhederei, jetzt des Schiffsbaues geführt.

Die Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge

Der für die Vorbereitung der Londoner Konferenz eingesetzte Sachverständigen-Unterausschuß hat heute dem Reichsminister des Aeußern über das bisher erzielte Ergebnis seiner Verhandlungen Bericht erstattet. Eine Redaktionskommission wird nunmehr den endgültigen Text des zu erstattenden Gutachtens feststellen. Den Abschluß werden die Beratungen in einer am Freitag stattfindenden Plenarsitzung, an der eine große Zahl Sachverständiger aller Kreise des berufsständischen Lebens teilnehmen wird, finden.

Das Liebeswerben

In dem Liebeswerben um die Zustimmung der Rechtssozialisten zum Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei marschieren die Demokraten an der Spitze. Der „Demokratische Zeitungsdienst" meint, das Experiment der Unstimmigkeit in der Zusammensetzung der Reichs- und preußischen Regierung dürfe nicht wiederholt werden, und droht, daß die Demokratische Partei sich an ihm nicht beteiligen werde, auch wenn andere Parteien Neigung zeigen würden, diesen Weg zu beschreiten. Die Möglichkeit, aus diesem Grunde etwa überhaupt der Regierung fernzubleiben, habe für die Demokratische Partei nichts Schreckliches.

Auf der andern Seite bemühen sich die Deutschnationalen krampfhaft, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum für die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung in Preußen sowohl als auch im Reich zu gewinnen. Das sei im Reich besonders erforderlich, so meint die „Deutsche Tageszeitung", wo alles darauf ankomme, den Forderungen der Entente eine parlamentarische Front von festem nationalen Charakter gegenüberzustellen.

Für die Stellung des Zentrums ist bedeutsam ein Artikel der „Germania" in der gestrigen Abendausgabe. Sie weist zunächst darauf hin, daß Entscheidendes über die Regierungsbildung erst gesagt werden kann, wenn das neugewählte Parlament zusammengetreten ist, da in Preußen die Initiative zur Kabinettsbildung lediglich vom Landtage ausgehe, der nach Art. 45 der preußischen Verfassung den Ministerpräsidenten wählen muß. Sachlich stellt sie sich auf den Standpunkt, daß die Wahlen erneut ergeben haben, daß gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden könne. Eine bürgerliche Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen sei deshalb unmöglich. Die Gründe, die die „Germania" dafür anführt, sind eine vollkommene Bestätigung des Standpunktes der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die „Germania" meint nämlich:

„Sie würde die gesamte Linke gegen sich haben und die heute so vielfach gespaltenen Sozialisten, wenigstens taktisch so fest zusammenschweißen, daß die bürgerliche Herrlichkeit nicht lange dauern und **nur zu leicht bei den nächsten Wahlen in das Gegenteil umschlagen würde.**"

Die „Germania" tritt sodann für eine Erweiterung des Blocks der Mitte durch die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ein. Sie hält das nicht nur für notwendig in Preußen, sondern auch im Reich. Aber auch hierbei sieht sie sich gezwungen, zuzugeben, daß der von den Demokraten und auch von dem „Vorwärts" angegebene Grund der Notwendigkeit der Uebereinstimmung der Regierungskoalition im Reich und in Preußen ihr „nicht ganz unbedingt erforderlich erscheint". Doch solle man diesem Schein nicht allzu sehr trauen.

„Wir haben von unliebsamen Reibereien selbst in den erträglichen Zeiten seit dem letzten Sommer genug erlebt, um eine Aenderung dringend zu befürworten."

Das ist ebenfalls das Eingeständnis, daß die bürgerlichen Parteien zur Förderung ihrer Interessen eine Verbreiterung der Koalition für notwendig halten.

Die Stellungnahme der Rechtssozialisten dazu ist augenblicklich noch zurückhaltend. Nach dem „8 Uhr-Abendblatt" hat Scheidemann erklärt:

„Ich für meine Person habe stets erklärt, daß ich ein Gegner jedes Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei bin. Als nach den Reichstagswahlen diese Frage zum erstenmal aufgeworfen wurde, ist von Hermann Müller die Parole ausgegeben worden, daß für uns ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei nicht möglich sei. Ich habe damals diese Parole angenommen. Es könnte jetzt höchstens davon die Rede sein, daß diese Parole derart formuliert werden soll, daß die Entscheidung davon abhängt, auf Grund welchen Aktionsprogrammes eine neue Regierung im Reiche arbeiten soll. Gegen die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei spricht schon ihre Stellungnahme in der Sozialisierungsfrage."

Das unbedingte Nein vom Juni 1920 hat Scheidemann also jetzt bereits, die Richtigkeit der Meldung des „8 Uhr-Abendblatts" vorausgesetzt, durch ein sehr bedingtes Nein ersetzt. Die „Sozialistische Korrespondenz" erklärt, daß in Preußen für die Sozialdemokratie kein Grund bestehe, nach andern Mehrheitsbildungen zu suchen. Auch diese Stellungnahme zeichnet sich nicht gerade durch ein Uebermaß von Deutlichkeit aus.

So wird also das Liebeswerben noch einige Zeit weiter fortgesetzt werden müssen.

Steuerhinterziehungen

Vom Reichsfinanzministerium wird der Presse folgender Notschrei übermittelt:

Die Steuerhinterziehung droht die Gesundung der Reichsfinanzen auf das ernsteste zu gefährden. Das Reich muß vor allem für den Vollzug der Gesetze Sorge tragen, dessen entschiedene Durchführung allein den Boden für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft bereiten kann. Die Ausführung dieser Gesetze stellt die größten Anforderungen an das Pflichtgefühl und die Verantwortungsfreudigkeit der Finanzbehörden. Es muß erwartet werden, daß sie, von dem Bewußtsein der Bedeutung der Aufgabe getragen, kein Mittel unversucht lassen, ihrer Herr zu werden. Die Gesamtbevölkerung des Reichs muß in gerechter und gleichmäßiger Verteilung der Lasten herangezogen werden. Dies zu erreichen ist nur möglich, wenn der Kampf gegen die Steuerhinterziehung ohne Säumnis mit allem Nachdruck aufgenommen wird. Bisher galt es, den Vollzug der Steuergesetze in Lauf zu setzen. Die Pflichttreue der Beamtenschaft hat dies, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, vermocht. Diese Arbeit wäre vergeblich, wenn es jetzt den Steuerunwilligen gelänge, sich der steuerlichen Mithilfe am Wiederaufbau des Reiches zu entziehen.

Die Reichsabgabenordnung stellt in weitem Umfange Mittel zur Verfügung, durch die Steuerzuwiderhandlungen erforscht, der Täter und sein Vermögen erfaßt werden können. Diese Mittel mit aller Schärfe und Entschlossenheit ohne Ansehen der Person und des Standes gegen jedermann, der Steuergesetzen zuwiderhandelt, anzuwenden, ist selbstverständlich Pflicht der Steuerbeamten, eine Pflicht, die nicht nur gegenüber dem Reich und den von seinem Steueraufkommen abhängigen Ländern und Gemeinden, sondern ebenso gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern besteht.

Die Unterstützung des Reichs bei diesem Kampfe gegen den Steuerbetrug ist aber auch Sache jedes einzelnen. Wer dem Reiche zu seinen Steuern hilft, schützt sich selbst vor der Mehrbelastung, die ihm aus der Steuerhinterziehung des andern droht.

Bei allen Handlungen, die dem Kampf gegen die Steuerhinterziehungen im Rahmen der Gesetze dienen, dürfen die Beamten des Schutzes der vorgesetzten Dienststellen und insbesondere auch des Schutzes des Reichsfinanzministers gewiß sein.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, die mittellos sind und dem Lohnabzug unterliegen, gehören nicht zu denjenigen, gegen die der Reichsfinanzminister seinen Notschrei ausstößt. Das sind vielmehr die besitzenden Kreise unseres Volkes. Ihre Steuerunwilligkeit ist so riesengroß, daß sie auch vor den schlimmsten Betrugsversuchen nicht zurückschrecken. Es ist gewiß erfreulich, daß der Finanzminister den Beamten schärfstes Vorgehen gegen diese Verbrecher empfiehlt. Aber er darf sich nicht darüber täuschen, daß, wie der Fall Kerkhoff gezeigt hat, es gerade unter den höheren Finanzbeamten Leute gibt, die den reichen Steuerdrückebergern behilflich sind.

Wir benutzen die Gelegenheit, um erneut die Frage aufzuwerfen, was hat der Finanzminister gegen den Präsidenten des Finanzamts Vohwinkel, den Regierungsrat Kaufmann, getan, der dem Steuerdefraudanten Kerkhoff eine gefälschte Ehrenerklärung ausgestellt hat. Unseres Wissens ist dieser Mann noch im Amt. Solange das der Fall ist, wird der Finanzminister nicht erwarten können, daß die übrigen Beamten seine Mahnung zum schärfsten Vorgehen gegen die Steuerdrückeberger wirklich ernst nehmen.

Die Ernährungskonferenz

Amtlich wird gemeldet: Im bayrischen Landwirtschaftsministerium hat Montag mittag unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes die Konferenz der Ernährungsminister begonnen. Die Konferenz beschäftigte sich in erster Linie mit der Regelung der Bewirtschaftung des Getreides für das nächste Wirtschaftsjahr. In eingehender Aussprache wurde die Frage erörtert, ob eine Aenderung des bisherigen Systems notwendig sei, und welches in diesem Falle in Betracht käme. Die Aussprache ergab eine vollständige Uebereinstimmung darin, daß für die freie Wirtschaft bezüglich des Getreides die Zeit noch nicht gekommen sei, daß vielmehr die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides in irgendeiner Form nicht entbehrt werden könne. Als die geeignetste Form für die Bewirtschaftung sah die weitaus überwiegende Mehrheit der Versammlung das Umlageverfahren an. Reichsminister Hermes gab Kenntnis davon, daß vom 16. März ab die Qualität des Kochmehls verbessert werden soll, indem es von da ab nur mehr zu 70 Prozent ausgemahlen wird.

Rechtssozialisten und Orgesch

„So hätte auch ein Deutschnationaler gesprochen"

Im Siegerland wurden kürzlich bei verschiedenen Orgeschgrößen Haussuchungen nach Waffen vorgenommen und zwar auf Weisung des rechtssozialistischen Regierungspräsidenten Max König in Arnsberg, des früheren Bezirkssekretärs der sozialdemokratischen Partei in Dortmund. Darob fuhr das Kölnische Orgeschorgan, die „Kölnische Zeitung", den Regierungspräsidenten König hart an und nannte die Haussuchungen ungesetzliche Maßnahmen. König verteidigte sich in einer Zuschrift an die rechtssozialistische „Rheinische Zeitung" in Köln und stellte weitere scharfe Maßnahmen gegen die Orgesch in Aussicht, was andererseits die „Kölnische Zeitung" zu erneuten Angriffen auf König veranlaßte. Nun sprach dieser Tage der Regierungspräsident König in Siegen in einer von den Rechtssozialisten einberufenen öffentlichen Versammlung, um, wie es in den Versammlungsankündigungen hieß, „mit den Orgeschleuten abzurechnen". Wie diese Abrechnung ausfiel, wird illustriert durch den Bericht der „Kölnischen Zeitung" (Nr. 119):

„Die sozialdemokratische Partei in Siegen hatte ihren ganzen Heerbann aufgeboten. Ihr ziehendes Inserat in der Siegener Zeitung „Abrechnung mit den Orgeschleuten" hatte bewirkt, daß der große Saal sich schon um 5 Uhr, zwei Stunden vor Beginn der Versammlung, füllte. Der gewaltige Andrang ließ erkennen, daß die Siegener Bevölkerung an einer Klärung des „Falles König" sehr großen Anteil nahm. Viele der Besucher mochten aus Sensationslust gekommen sein. Deren Erwartungen wurden zunächst enttäuscht. Um 8½ Uhr ergriff Herr König das Wort und sprach volle zwei Stunden. **Diese Rede enthielt nichts von Orgeschleuten und Klassenkampf, von verborgenen Waffen oder drohenden Umsturzplänen der verfluchten Reaktionäre.** Die Rede war das klare und freimütige Bekenntnis eines ehrlichen deutschen Mannes, der sich in unserer heutigen schweren Zeit eins fühlt mit allen Deutschen, die ihr Vaterland lieben und bereit sind, **alles Trennende zurückzustellen, um einmütig zusammenzustehen gegen den gemeinsamen Feind, der uns zu vernichten droht . . . So hätte auch ein Deutschnationaler sprechen können. Und mehrere deutschnationale Redner, die nach König sprachen, bezeugten dies wörtlich.**"

Dieses Lob der „Kölnischen Zeitung" ist für den Geist der Ausführungen Königs eigentlich hinreichend, aber eine Perle aus seiner Rede sei immerhin noch angeführt. Sie lautet:

„Von der Reklame, die hier für diese Versammlung („Abrechnung mit den Orgeschleuten") gemacht worden ist, weiß ich nichts. Wenn mir mitgeteilt worden wäre, daß hier „Abrechnung mit den Orgeschleuten" gehalten werden sollte, hätte ich sofort gesagt, **in Anbetracht der schweren Zeit, in der wir stehen, möchte ich dringend bitten, davon Abstand zu nehmen.** Ich bin dem Rufe gefolgt, in der Stunde der Not zu meinen Leuten zu eilen, um auf diese Weise eine **einheitliche Kundgebung zustande zu bringen.** In der Minute der Gefahr bin ich zwischen meinem Volke".

Diese Ausführungen sind charakteristisch für die burgfriedliche und nationalistische Stimmung in gewissen rechtssozialistischen Kreisen. Eine Abrechnung mit den Orgeschleuten lehnt der rechtssozialistische Regierungspräsident ausdrücklich ab, von Klassenkampf spricht er nicht. Und da behauptet die Sozialdemokratie, sie werde den Kampf gegen die Reaktion und gegen die Orgesch mit aller Energie führen.

Stimmen der Parteipresse

„Volksrecht", Frankfurt a. M.

Dies traurige Ergebnis kommt nicht überraschend. Es war nach der Parteispaltung von Halle zu erwarten, und man wird durch die jetzt vorliegende Tatsache belehrt, Herrn Sinowjew nicht das Zeugnis versagen dürfen, der größte Konterrevolutionär aller Zeiten gewesen zu sein. Die U. S. P., die vor und nach den Reichstagswahlen mächtig emporwuchs, gewann damit das Vertrauen einer immer größeren Zahl proletarischer Wähler. Ihr strömte auch die Hoffnung jener entgegen, die nicht nach den Parteiprinzipien ihre politischen Entscheidungen fällen, sondern an das Starke und Mächtige sich anschließen. Aus diesen hätte sie neue Rekruten gewinnen und ausbilden können. Diese Schichten sind aber auch die bei Wahlzeiten entscheidenden, da die politische Reife des deutschen Volkes immer noch zu wünschen läßt. Nachdem durch die kommunistischen Treibereien und deren verräterische Unterstützung im eigenen Lager die U. S. P. gespalten wurde, schwenkten jedoch diese Schichten von ihr ab, liefen zum Teil den Rechtssozialisten in die Arme, deren Parteiapparat unerschüttert blieb und auf sie den Eindruck selbstbewußter Kraft machen mußte, obwohl er nur eine tote Maschine ist, oder fielen völligem Indifferentismus anheim. . . .

Deshalb sehen wir auch in der Wahlniederlage der U. S. P., so schmerzlich sie auch ist, kein allzugroßes Unglück für die Partei. Heute niedergerissen, wird sie sich morgen wieder in neuer Kraft erheben! Die Kämpfe der Zukunft können nur mit den taktischen Mitteln ausgefochten werden, welche die U. S. P. bisher dem kämpfenden Proletariat empfohlen hat, die deshalb auch schnell das verlorene Vertrauen der Massen wieder erringen wird!

Deshalb entmutigt uns eine verlorene Schlacht nicht. Wir sind gewiß, daß nunmehr das deutsche Proletariat darangehen wird, die strategischen Vorbedingungen seines künftigen Sieges zu schaffen. Deshalb erheben wir mit ungeschwächtem Selbstvertrauen den zerbrochenen Fahnenschaft, halten auch weiter unser Banner hoch und rüsten auf den nächsten Kampf, in dem die Scharte ausgewetzt wird!

„Volkszeitung" für Halle.

Der Rückgang der Stimmen der U. S. P. D. und der Kommunisten war nach der Spaltung und nach dem heftigen gegeneinigen Kampf auf Leben und Tod selbstverständlich. Beide Parteien zusammen brachten wohl nirgends dieselbe Stimmenzahl auf, die bei der Reichstagswahl 1920 die U. S. P. D. erzielte, wozu man auch noch die Stimmen zählen muß, die die damalige K. P. D. erhielt. Die Zerreißung der damaligen geschlossenen Wählermassen ist sehr ungleichartig erfolgt. Im Bezirk Halle-Merseburg sicherten sich natürlich die Kommunisten den Löwenanteil an der Wählerbeute, während in Berlin und anderen Bezirken die U. S. P. D. die bei weitem stärkere Wahlbeteiligung für sich hatte. Die Unabhängige Sozialdemokratie kämpfte unter viel ungünstigeren Verhältnissen als die V. K. P. D., sie hat sich aber wacker geschlagen und hat erzielt, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen war.

„Tribüne", Erfurt.

Die Arbeiterstimmen sind in ihrer Gesamtheit überall stark zurückgegangen. Soweit man bis jetzt übersehen kann, hat lediglich die S. P. D. einen Teil an Stimmen gewonnen, eine Erscheinung, die im Angesicht der Zersplitterung der Arbeiterschaft unschwer vorherzusehen war. Die Leidtragende in diesem Kampfe ist die U. S. P. D. gewesen, die in allen Teilen des Reiches einen wesentlichen Teil ihrer Stimmen eingebüßt hat. Das war zwar vorherzusehen. Nichts destoweniger ist das Ergebnis ein höchst unerfreuliches, angesichts der Tatsache, daß auch die Kommunisten nicht imstande gewesen sind, die von der U. S. P. D. abwandernden Wählermassen in ihre Reihen aufnehmen zu können. Gewiß sind die Stimmen der V. K. P. D. in einigen Teilen des Reiches nicht unwesentlich angewachsen, nirgends aber scheint ihr Wachstum so groß zu sein, daß beide Parteien zusammen auch nur annähernd die Stimmenzahl der bei den letzten Wahlen noch vereinigten U. S. P. D. erreicht haben . . . .

Wenn man den Ursachen für den Umschwung in der Stimmung der Arbeiterschaft nachzuspüren versucht, dann trägt gewiß die Zerrissenheit in der Arbeiterschaft einen nicht unwesentlichen Anteil der Schuld. Nicht zum wenigsten aber kommt in den Wahlziffern der nationalistische Taumel zum Ausdruck, der insbesondere durch das Pariser Wahnsinnsdiktat ausgelöst wurde. Das Wahlresultat ist die freilich falsch gegebene Antwort auf die Forderungen der Entente . . . .

Die preußischen Landtagswahlen standen unter derselben Erscheinung, die wir bereits im November v. J. bei den sächsischen Landtagswahlen und vor einigen Wochen anläßlich des Volksentscheides in Bremen zu beobachten Gelegenheit hatten. Infolge des Parteistreites in den Versammlungen, der gerade während der Agitation für den Wahlkampf so außerordentlich krasse Formen angenommen hat, haben sich weite Kreise der Arbeiterschaft entweder jeder Stimmabgabe enthalten, oder aber sie sind ins entgegengesetzte Extrem umgeschlagen und haben den nationalistischen Parteien den großen Zuwachs an Stimmen verschafft.

Freimachung von Briefsendungen durch Stempeladdruck. Das Ende Dezember bei fünf Postämtern in Groß-Berlin versuchsweise eingeführte Verfahren, daß gewöhnliche Briefsendungen zu den Gebührensätzen von 10 und 40 Pfennigen durch Stempelabdruck freigemacht werden, ist vom Reichspostministerium versuchsweise bei neun anderen großen Postämtern im Reiche weiter zugelassen worden.

Eröffnung des Staatsgerichtshofes. In Leipzig wurde am Montag der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eröffnet. Anwesend waren sämtliche sieben Mitglieder, der Vorsitzende Senatspräsident beim Reichsgericht, Koenige, die Reichsgerichtsräte Rosenberg II und Dr. Pietzker und die vom Reichstage gewählten Herren Universitätsprofessor Geheimer Hofrat Dr Konrad Beyerle, München (Zentrum), Volksschullehrer und Ministerpräsident a. D. Hoffmann, Kaiserslautern (Soz.), Univ.-Prof. Geh. Justizrat Dr. Wilhelm Kahl, Berlin (Disch. Vp.) und Senator Dr. Karl Petersen, Hamburg (Dem.).

Die Waffen der Reaktion. In Glogau wurde am Montag ein verstecktes Waffenlager der Orgesch ausgehoben. 5000 Gewehre und eine Anzahl Maschinengewehre wurden amtlich beschlagnahmt.

Hungersnot in Wolhynien. Nach Moskauer Meldungen herrscht in den von den polnischen Truppen besetzten Gebieten Wolhyniens entsetzliche Hungersnot. Alles Korn wurde von den polnischen Truppen weggeführt. Die Einwohner der Kreise Wladimir-Wolhynsk, Dubno und Lusk nähren sich von Birkenrinde mit anderen Beimischungen.

Endergebnis der Preußenwahl

Eine Lehre für unsere Partei

Nach der letzten amtlichen Feststellung wurden bei den preußischen Landtagswahlen insgesamt 15 951 338 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die einzelnen Parteien:

U. S. P. D.	1 935 023	Stimmen
S. P. D.	4 171 286	„
K. P. D.	1 207 695	„
Demokraten	977 463	„
Deutsche Volkspartei	2 266 587	„
Deutschnationale Volkspartei	2 892 667	„
Zentrum	2 964 602	„
Wirtschaftspartei	187 345	„
Fraktionslose und sonstige Splitter	6 546	„

Nach diesem Ergebnis sind bisher 399 Abgeordnete gewählt. Zu ihnen treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Wahlkreises 9 (Oberschlesien) hinzu, so daß die Gesamtstärke des neuen Landtages 421 betragen wird. Es handelt sich um 7 Rechtssozialisten, 11 Mitglieder des Zentrums, einen Unabhängigen, einen Deutschnationalen, einen Demokraten und einen Kommunisten. Nach dieser Zusammenstellung würde sich der neue Landtag etwa folgendermaßen zusammensetzen:

U. S. P. D.	27	Sitze
S. P. D.	113	„
K. P. D.	31	„
Demokraten	26	„
Deutsche Volkspartei	57	„
Deutschnationale Volkspartei	73	„
Zentrum	90	„
Wirtschaftspartei	4	„

Die Kommunisten haben somit die U. S. P. D. um etwa 200 000 Stimmen oder 5 Sitze überflügelt. Sie haben ihre Erfolge in der Hauptsache im Halleschen Industriegebiet und im Ruhrrevier erzielt, also dort, wo unsere Organisationen infolge der Spaltung völlig zerschlagen wurden und wo uns auch die Presse, die eben lebensfähig geworden war, entrissen wurde. Die Wirkung der Spaltung und die dadurch hervorgerufene Schwächung der revolutionären Front läßt sich am besten durch einen Vergleich mit den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erkennen. Damals erhielten im preußischen Staatsgebiet, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Ostpreußen, wo erst jetzt gewählt wurde, die U. S. P. D. 2 961 112 Stimmen, die Kommunisten 187 266 Stimmen, insgesamt also 3 178 378 Stimmen. Rechnet man diesmal die Stimmen der U. S. P. D. und K. P. D. zusammen, so ergeben sich 2 262 718 Stimmen. Es sind der revolutionären Arbeiterschaft also gegenüber der Reichstagswahl 915 660 Stimmen verloren gegangen.

Die S. P. D. erzielte bei den Reichstagswahlen im preußischen Staatsgebiet 3 258 723 Stimmen, bei den Landtagswahlen 4 171 286 Stimmen. Sie hat mithin 912 563 Stimmen gewonnen, also nahezu soviel, wie der U. S. P. D. und der K. P. D. zusammengerechnet verloren gingen. Wenn nun auch die Rechtssozialisten infolge ihrer braven Haltung, die keinen Bürgersmann mehr erschrecken kann, viele bürgerliche Stimmen gewonnen haben, so haben sie doch andererseits auch sicher einen großen Teil der Wähler zu sich hinübergezogen, die im Juni 1920 für die U. S. P. D. stimmten. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um jene Schichten, die positive Arbeit sehen wollen und die durch den Kraheel, den die Moskauer Spaltungsfanatiker in den Versammlungen inszenierten, abgestoßen wurden. Ein weiterer großer Teil der früheren unabhängigen Wähler ist aber zweifellos ins Lager der Indifferenten gestoßen. Daraus ergibt sich, daß das Wirken der Kommunisten in der Praxis nicht revolutionär, sondern reaktionär wirkt. Denn ob die Massen indifferent werden, ob sie ins bürgerliche oder reformistische Lager abwandern, auf alle Fälle bedeutet dieser Prozeß eine Schwächung der revolutionären Front.

Aber weder die Kommunisten noch die Rechtssozialisten haben irgendeinen Grund, über einen Niedergang der U. S. P. D. zu jubeln. Wenn beide Parteien mit den gleichen organisatorischen, agitatorischen und finanziellen Mitteln in den Wahlkampf gezogen wären, wie die U. S. P. D., dann hätten sie relativ sicher nicht besser abgeschnitten. Der Ausfall der Landtagswahlen ist also für unsere Partei zugleich eine Ermunterung, die Organisationen auszubauen und all jene Fehler und Mängel abzustellen, die sich infolge der Spaltung ergeben haben, und die in der kurzen Zeit, die zwischen der Spaltung und den Landtagswahlen verblieb, nicht ausgeglichen werden konnten. Der Ausbau unserer Organisationen und unserer Presse ist also die dringendste Aufgabe, die wir jetzt zu erfüllen haben. Nunmehr wieder mit Anspannung aller unserer Kräfte vorwärts; wir trotzen den Sirenengesängen von rechts und den Grabgesängen von links, denn mit uns ist die Wahrheit und die Klarheit. Und nur in diesem Zeichen wird die Arbeiterschaft siegen!

Wahlkreis 3 (Teltow-Beeskow)

Teilergebnisse:

Ahrensdorf: U. S. P. D. 4, S. P. D. 150, K. P. D. —, D. N. 96, D. V. 2.
Dabendorf: U. S. P. D. 53, S. P. D. 120, K. P. D. 68, D. N. 107, D. V. 41, Zentr. 2, Dem. 1, Wirtsch. V. 1.
Genshagen: U. S. P. D. 11, S. P. D. 57, K. P. D. 5, D. N. 126, D. V. 1.
Glienick: U. S. P. D. 99, S. P. D. 15, K. P. D. 7, D. N. 149, D. V. 14, Dem. 4.
Groß-Besten: U. S. P. D. 124, S. P. D. 111, K. P. D. 26, Dem. 107, D. N. 83, D. V. 43, Zentr. 9.
Groß-Machnow: U. S. P. D. 24, S. P. D. 102, K. P. D. —, D. N. 190, Dem. 16, D. V. 5.
Klein-Besten: U. S. P. D. 109, S. P. D. 26, K. P. D. 6, D. N. 57, Dem. 11, D. V. 7.
Kummersdorf: U. S. P. D. 81, S. P. D. 89, K. P. D. 5, D. N. 86, Dem. 12, D. V. 7.
Löwenbruch: U. S. P. D. 3, S. P. D. 101, K. P. D. 3, D. N. 101, D. V. 20.
Mittenwalde: U. S. P. D. 126, S. P. D. 383, K. P. D. 191, D. N. 465, D. V. 274, Dem. 52, Zentr. 2.
Pätz: U. S. P. D. 33, S. P. D. 114, K. P. D. 2, D. V. 69, D. N. 17, Dem. 16, Zentr. 2.
Rehrit: U. S. P. D. 14, S. P. D. 16, K. P. D. —, D. N. 8, Dem. 6, Wirtsch. V. 6, D. V. 1.
Ruhlsdorf: U. S. P. D. 37, S. P. D. 181, K. P. D. 31, D. V. 166, D. N. 40, Zentr. 10, Dem. 4.
Schenkendorf: U. S. P. D. 88, S. P. D. 169, K. P. D. 1, D. N. 59, D. V. 21, Dem. 10.
Schönefeld: U. S. P. D. 182, S. P. D. 60, K. P. D. 9, D. N. 387, D. V. 6, Wirtsch. V. 3, Dem. 1.
Sperenberg: U. S. P. D. 67, S. P. D. 341, K. P. D. 16, Wirtsch. V. 190, D. N. 166, Dem. 10, D. V. 43.
Sputendorf: U. S. P. D. 57, S. P. D. 112, K. P. D. —, D. N. 88, D. V. 15, Dem. 1.
Teltow: U. S. P. D. 417, S. P. D. 670, K. P. D. 292, D. N. 465, D. V. 350, Dem. 39, Zentr. 33, Wirtsch. V. 11.
Töpchin: U. S. P. D. 165, S. P. D. 80, K. P. D. 24, D. N. 64, D. V. 21, Dem. 15, Zentr. 2, Wirtsch. V. 1.
Treppin: U. S. P. D. 408, S. P. D. 429, K. P. D. 58, D. N. 425, D. V. 226, Dem. 109, Wirtsch. 41, Zentr. 9.
Wannsee: U. S. P. D. 371, S. P. D. 476, K. P. D. 29, D. N. 827, D. V. 542, Dem. 126, Zentr. 29, Wirtsch. V. 4.

Wahlkreis 4 (Potsdam-Niederbarnim)

Teilergebnisse:

Alt-Wriezen: U. S. P. D. 58, S. P. D. 30, K. P. D. 70, D. N. 197, D. V. 48, Dem. 1.
Rosenthal-Wilhelmsbruch: U. S. P. D. 386, S. P. D. 579, K. P. D. 453, D. V. 323, Wirtsch. V. 266, D. N. 216, Zentr. 36, Dem. 18.

Ausnahmeprozeß in Kassel

Kassel, 22. Februar.

Im Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Schröder kam unter anderen Dokumenten auch ein „Befehl zum Handeln" zur Sprache, in dem es heißt, daß jede Organisation diesen Befehl möglichst selbständig und genau ausführen müsse und der genauere militärische Einzelheiten enthält. In einem anderen Befehl vom 5. Januar 1921 heißt es: „Die Bezirke müssen die Unterbezirke sofort in Kenntnis setzen, **daß alle Waffen, die bisher vergraben waren, bis spätestens Ende Januar ausgegraben und gut gereinigt werden müssen. Ueberhaupt muß bis dahin alles klar zum Gefecht sein".** Der Angeklagte bemerkt hierzu, daß er lediglich eine Gegenaktion gegen einen Angriff von rechts vorbereiten wollte, über den ihm bestimmte Nachrichten vorgelegen hätten.

Hierauf gelangte eine Reihe weiterer Briefe und Quittungen zur Verlesung. Der Angeklagte Schröder erklärt hierzu, daß ihm diese Papiere ganz unbekannt seien und es sei unmöglich, daß man sie bei ihm vorgefunden habe. Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ich bitte die Polizeibeamten zu laden, die das Material beschlagnahmt und transportiert haben. Wir behaupten, daß ein Teil des Materiales nach der Beschlagnahme hineingeschmuggelt worden ist, um die Angeklagten zu belasten. — Staatsanwalt Dr. Meyer: Ich habe diese Behauptung vorausgesehen. Ich habe deshalb das Material behütet, damit nichts durcheinander kommt. — Vorsitzender aus einem Notizbuch des Angeklagten verlesend: Wesel 1100 Mann Besatzung. Im Falle der Aktion festlegen auf Verteidigung. Besetzung der Bahnstrecke." Dann folgt die Angabe der Bewaffnung nach Gewehren, Pistolen und Panzerautos. — Angeklagter: Das Schriftstück bezog sich auf die Besetzung Wesels. — Vorsitzender: Mir liegt ein Brief vom 13. 12. 20 vor, in dem es heißt: „Nach der Berliner Besprechung haben wir sofort eine Konferenz einberufen, in der wir uns die Leitung konstituiert haben, in der technische, kaufmännische und militärische Fachkräfte vertreten sind. Wir bitten, mit der Eigenbrödelei aufzuhören. **Der Instanzenweg muß eingehalten werden, wenn die Organisation schlagkräftig bleiben soll. Die Einsetzung eines politischen Kommissars ist dringend notwendig.** Wir brauchen für alle Genossen des Oberbezirkes, die bei dieser Aktion mit der Waffe kämpfen, Ausweise, die schon jetzt hergestellt werden müssen, damit wir später eine Kontrolle haben.

Anfang oder Mitte Januar erwarten wir den Zusammenstoß. Wir werden gerüstet sein. In dem Schriftstück wird dann Mitteilung über die Erfindung eines revolutionären Arbeiters gemacht. Es handelt sich um eine Erdmine zur Tankabwehr, die nach einem Vermerk des Angeklagten Schröder im Schriftstück sehr einfach konstruiert sei und sich auch für den Straßenkampf eignen würde. Schröder hat dann weiter hinzugefügt, daß es wahrscheinlich nicht nötig sein würde, die Minen in größeren Mengen herzustellen, sie könnten aber den russischen Armeen eventuell empfohlen werden. — Vorsitzender: Das Schriftstück ist mit Alfred und Hans unterzeichnet. Alfred ist Ihr Deckname und Hans der für Zaiser. Was hatte denn der damit zu tun? Es ist doch auffallend, daß auch er mit darunter steht. — Angeklagter: Das hat mit Zaiser nichts zu tun. Ich habe von Berlin die Anweisung erhalten, so zu unterzeichnen. — Vorsitzender: Was wollten Sie denn mit den Ausweisen? — Angeklagter: **Das richtete sich gegen das Lumpenproletariat.** — Vorsitzender: Und weshalb wollten Sie die Minen gerade der russischen Armee empfehlen? — Angeklagter: Wir dachten, daß die M. B. Z. Verbindung mit Rußland haben würde. — Vorsitzender: **Was heißt denn die M. B. Z.?** — Angeklagter: Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. — Vorsitzender: Woher bekam denn die M. B. Z. das Geld? — Angeklagter: Das weiß ich nicht. **Vielleicht aus dem Propagandafonds der Partei.** (Bewegung.) — Vorsitzender: Ihre Genossen haben doch den Sowjetstern. Deutet das nicht auf eine Verbindung mit Sowjet-Rußland hin? — Angeklagter: Wir fühlen uns mit Rußland solidarisch. — Vorsitzender: Hat die M. B. Z. nicht ihr Geld aus Rußland bekommen? — Angeklagter: Das kann ich nicht behaupten.

Vorsitzender zum Angeklagten Schröder: Bei der Aussage Harbichs war ein Referat von Ihnen erwähnt worden, in dem davon die Rede war, daß die Aktion um 14 Tage verschoben werden müsse. Darin wurde auch der Ausdruck K. O. erwähnt. Was nennen Sie denn K. O.? Angeklagter Schröder: **Das heißt Kurier-Organisation.** — Vorsitzender: Diesen Ausdruck hören wir ja zum ersten Mal.

Nach der Mittagspause kam es zwischen der Verteidigung und dem Gericht zu einer lebhaften Auseinandersetzung über das angebliche Verschwinden von Orgesch-Material, das bei den Angeklagten vorgefunden worden sei. Rechtsanw. Wolff behauptete, daß beim Oberpräsidium in Münster das bei den Angeklagten beschlagnahmte und für die Orgesch belastende Material entweder verschwunden oder absichtlich mit anderen Sachen verwechselt worden sei. Im Anschluß hieran teilte Dr. Wolff mit, daß auch bei der Verhaftung des Angeklagten Klinkmüller aus einer Kiste, in der er seine Papiere aufbewahrte, der Aufmarschplan der Orgesch gegen Frankreich spurlos verschwunden sei. Wegen dieser Angelegenheit hätten bereits französische Offiziere die Frau des Klinkmüller aufgesucht, um nach dem Aufmarschplan zu forschen. Der Verteidiger äußerte die Vermutung, daß an der jetzigen Verhandlung in Zukunft auch französische Offiziere als Zuhörer teilnehmen würden. Dann überreichte Dr. Wolff dem Gericht einen angeblich von Hauptmann Pfeffer stammenden Originalplan, der diesem aus seiner Aktentasche gefallen sein soll. Der Plan enthalte genau dasselbe Aufmarschmaterial, wie es jetzt zum Gegenstand der Anklage diene und zwar stamme dieses Material aus dem Monat August 1920. Pfeffer habe damals im Auftrage des Forstrats Escherich eine sogenannte Bürgerschutzwehr organisieren sollen, die die Aufgabe hatte, gegen Streik und Plünderungen vorzugehen. Auch bezüglich der sogenannten wirtschaftlichen Verbände der ehemaligen Baltikumer legte Dr. Wolff dem Gericht Material vor, aus dem hervorgehen soll, **daß diese Verbände militärisch organisiert seien und bei Unruhen gegen die Arbeiterschaft verwendet werden sollen.**

Als nächster Angeklagter wurde sodann der Expedient Rabbich vernommen. Dieser war beim „Ruhr-Echo" angestellt und hatte, wie er angibt, die Aufgabe, den Nachrichtendienst für die Redaktion zu übernehmen. Auch sei es ihm zugefallen, Spitzel zu entlarven und unschädlich zu machen. Ende Oktober oder November habe er dann in Essen einer Konferenz beigewohnt, in der eine Abwehrorganisation in militärischem Sinne besprochen wurde. Zu dieser Konferenz hatten u. a. die Vertreter Dortmunds die nötigen Leitsätze und Richtlinien schon mitgebracht. Er, Rabbich, Zeiger und Schröder hätten der Sache aber sehr skeptisch gegenübergestanden, da ihnen die Pläne Dortmunds nicht paßten. In einer späteren Konferenz hätten sie dann erklärt, daß sie bei dieser Geschichte nicht mitmachen wollten, und hätten es sich deshalb gefallen lassen müssen, daß die Vertreter Dortmunds sie als Verräter bezeichneten.

Es werden hierauf weitere Schriftstücke verlesen, die bei Rabbich beschlagnahmt wurden. Der Angeklagte bleibt aber trotz aller Fragen des Vorsitzenden dabei, daß diese Papiere entweder gar nicht von ihm stammen oder sich nur auf seinen politischen Nachrichtendienst bezogen. Auf Befragen des Staatsanwaltes, wie es denn mit der Konferenz vom 17. Januar im „Ruhr-Echo" stände, erklärt Rabbich, daß Klinkmüller, Harbich und Schröder zwar dort gewesen seien, daß aber eine Konferenz nicht stattgefunden habe. Rechtsanwalt Wolff beantragt hierauf, den Angeklagten Rabbich aus der Haft zu entlassen, da nach seinen Aussagen und dem bei ihm beschlagnahmten Material seine Verurteilung überhaupt nicht in Frage komme. Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrage, da von einer Entlastung angesichts des belastenden Materials keine Rede sein könne. Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen dem Angeklagten, den Verteidigern und dem Gerichtshof, in der der Angeklagte immer wieder bei seinen ursprünglichen Aussagen blieb, beschloß das Gericht, **dem Antrag der Verteidigung stattzugeben und den Haftbefehl gegen Rabbich aufzuheben.**

Dann wurde die Verhandlung auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Gesetzlich geschützte Roheit

Vor der Strafkammer des Landgerichts Kassel wurde am Montag eine Anklage gegen drei Marburger Studenten verhandelt, die ein Nachspiel zu dem vielbesprochenen Studentenprozeß darstellt. Die Studenten Göbel, Jonas und Hördt waren angeklagt, Angehörige der Roten Armee, die sie nach Gotha transportieren sollten, auf dem Marsch mißhandelt zu haben. Die Anklage wurde durch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer vertreten, dem sich der aus dem früheren Prozeß bekannte Eisendreher Batz aus Eisenach als Nebenkläger angeschlossen hatte und der von Rechtsanwalt Dr. Liebknecht-Berlin vertreten wurde. Die Verteidigung der Angeklagten hatte Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune-Göttingen übernommen.

In achtstündiger Beweisaufnahme wurde unter Vernehmung von 15 Zeugen der Sachverhalt, wie er aus dem früheren Prozeß bereits bekannt ist, noch einmal eingehend erörtert. Der Staatsanwalt hielt dann die Anklage nur bezüglich Göbels für bewiesen und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einem Monat wegen Mißhandlung von Untergebenen. Rechtsanwalt Dr. Liebknecht beantragte für den Nebenkläger auch die Verurteilung der übrigen Angeklagten. Demgegenüber wies Rechtsanwalt Lütgebrune in längeren juristischen Ausführungen nach, daß die Angeklagten die ihnen vorgeworfenen Uebergriffe nicht lediglich aus Roheit, sondern in Abwehr des Aufstandes in Thüringen begangen hätten und daß die Strafaten infolgedessen unter die Amnestie vom 4. August 1920 fielen, daß also das Strafverfahren deshalb überhaupt nicht durchgeführt werden dürfte. — Das Gericht schloß sich der Auffassung des Verteidigers an und stellte das Verfahren ein.

Das Gericht hat nur konsequent gehandelt, wenn es dem früheren Freispruch der 15 Marburger Helden sich anschloß. Das Urteil der anständigen Oeffentlichkeit, soweit es in Deutschland eine solche gibt, ist längst gefällt. Es ist also nicht Roheit, sondern Abwehr eines Aufstandes, wenn man wehrlose Gefangene mit Kolbenstößen traktiert, sie mit den Händen über dem Kopf marschieren läßt und sie mit liebenswürdigen Anreden wie: „Du Schwein, du sollst Wasser saufen" beehrt. Für das Gericht nicht minder wie für die Marburger Zierden der nationalen Bourgeoisjugend gelten die Worte, die der Zeuge Arnold ihnen zugerufen hat: „Es ist die größte Feigheit, einen wehrlosen Gefangenen zu mißhandeln".

Weitere Zunahme der Arbeitslosen

10 Prozent der deutschen Bevölkerung arbeitslos

Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar nach Meldung des WTB. eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, **so dürften zur Zeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren.** Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Krise im Ruhrrevier

Ueberschichten nur bei Sozialisierung

Da. Bochum, 22. Februar.

Der Bergarbeiterverband hat eine Entschließung gefaßt, nach der er erst dann wieder in Verhandlungen über ein Ueberschichtenabkommen eintreten will, wenn eine bestimmte verbindliche Zusage hinsichtlich der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemacht worden ist. Die Situation ist ernst, weil bei Fortfall der Ueberschichten 40 Prozent des Inlandsbedarfs an rheinischen Kohlen ungedeckt bleiben müssen.

Wohnungsschiebungen in Hannover. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden gestern vormittag im Städtischen Wohnungsamt unter Mitwirkung von Berliner Kriminalbeamten eine große Reihe von Angestellten verhaftet, denen Schiebungen unter Annahme von Schmiergeldern bei der Vermittlung von Wohnungen vorgeworfen werden. Die Untersuchung geht weiter.

Parteiliteratur

Die soeben erschienene Nr. 7 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Die Pariser Beschlüsse von Bruno Rich; Psychoanalyse des Nationalbolschewismus von Curt Busse; Sozialisierung der Hochseefischerei von Josef Ernst; Mecklenburgische Gerichtsbarkeit von * * *; Japanischer Imperialismus von Miles M. Sherover; Idealistische Philosophie und sozialistische Weltanschauung von Gerhart Seger.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich M. 15.—, Einzelnummer M. 1.50, zu beziehen.

Quälen Dich die Hühneraugen, muß! Du Kukirol gebrauchen.
Kukirol beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen.
Schachtel M. 3.– in Apotheken u. Drogerien erhältlich.

A. WERTHEIM

Reisebüro Leipziger Str. Königstraße
Eisenbahnfahrkarten für In- und Ausland
Dampferfahrkarten für alle Linien im Weltverkehr

Damen-Schnürstiefel	z. Teil m. Lackbl., unsort.	125⁰⁰
Damen-Schnürstiefel	....	165⁰⁰
Damen-Hochschaft-Schnürstiefel	...	185⁰⁰
Damen-Schnürstiefel	Boxkalf, Schweiz. Fabr.	195⁰⁰
Damen-Spangenschuhe	....	125⁰⁰

Rosenthaler Str., Moritzplatz, Königstr.
Einzelpaare in Damenhalbschuhen versch. Ausführungen **88⁰⁰**

Herren-Schnürstiefel	Rindleder...............	135⁰⁰
Herren-Schnürstiefel	Roßchevreau, Rindbox	165⁰⁰
Herren-Schnürstiefel	Boxkalf..................	195⁰⁰
Herren-Schnürstiefel	Goodyear Welt, Boxkalf und Chevreau ...	225⁰⁰
Kinder-Schnürstiefel	schwarz Leder, Gr. 27/30	34⁷⁵
Kinder-Schnürstiefel	Roßchevreau und Rindbox .... Größe 27/30	76⁰⁰
Kinder-Schnürstiefel	Roßchevreau und Rindbox .... Größe 31/34	88⁰⁰

Besonders billiges Angebot in

Herren-Kleidung

Herren-Anzüge aus gutem haltbaren Cheviot, hell- und dunkelfarbig	575⁰⁰	850⁰⁰
Herren-Raglan aus halbschweren Stoffen, verschiedene Farben	575⁰⁰	675⁰⁰

Wäschestoffe

Wäschestickerei gute Ausführung .... Meter	2²⁰	**Hemdentuch** kräftige Qualität .... Meter	9⁵⁰
Wäschestickerei gute Ausführung, mittelbreit.... Meter	3⁶⁵	**Hemdentuch** sehr gute Marken .... Meter	13⁵⁰
Rohnessel starkfädig Meter..........................	11⁵⁰	**Renforcé** mittelstark.. Meter	14⁵⁰
Louisianatuch .... Meter	14⁵⁰	**Mako-Perkal** besond. feine Qualität .... Meter	18⁰⁰

Damenhemden mit Stickerei **38⁵⁰**
Damenbeinkleider mit Stickerei **36⁷⁵**

Deckbettbezüge 110⁰⁰ Kissenbezüge 33⁰⁰
Bettlaken......... 66⁰⁰

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: Vorstellung der Jugendvolksbühne: Wallensteins Tod
3 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **Jugend**

Staatstheater.
Opernhaus
6½ Uhr:
Zar und Zimmermann
Schauspielhaus
7 Uhr:
Die Sterne

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 U.: Die Jungfrau von Orleans
Kammerspiele
7 Uhr: Tanz-Abend Niddy Impekoven
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Florian Geyer
(2. Abteilung, 3. Abend)

Direktion: C. Reinhard-Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Str.
7½: Jekaterina Iwanowna
Käthe Hößlich, Wildt, Dernburg, Bröckl, Römer, Schlegel)
Donnerstag: Salome
Freitag: Jekaterina Iwanowna
Sonnabend: Salome

Komödienhaus
7½ Uhr: **Das weiße Lämmchen**
mit Max Pallenberg

Berliner Theater
Die Spanische Nachtigall
mit Fritzi Massary
Waßmann, Roberts, Jankuhn

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf
Leopoldine Konstantin, Ilka Grüning, Hansi Burg, Herm. Vallentin, Julius Falkenstein
Hierauf: Abschieds-Souper

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
Straßädt, Sasbrock, Toelle, Koroll, Falkenstein, Otto, Mamelski

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn

Rose-Theater
7½ Uhr:
Dr. Klaus

Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Mascottchen

7½ **Apollotheater** 7½
Sensations-Ausstattungsschau
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten
Soharet

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Heute und Donnerstag
7½ U. **Ein idealer Gatte**
(Durieux, Götz, Loos)
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt
Sonnabend bis Montag:
7½ Uhr: Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Dienstag 7½: Zum 25. Male:
Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)

Theater am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Wilhelm Tell
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...
Sonntag nachmittag:
Eva

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: **Gala-Sänger**

7/8 **Casino-Theater** 7/8
Der Großfürst
Sonntag 3½: Eine fidele Ehe

7/8 **Fol es Caprice** 7/8
(am Oranienburger Tor)
Nacktkultur
mit Ferd. Grünecker.

SCALA
Lutherstrasse
Die Varieté-Bühne 7³⁰

METROPOL
Varieté-Cabarett
... straße 54.
Allabendlich 7½ Uhr
Der lust'ge Spielplan

„Weiße Woche"
im
Residenz-Kasino
Blumenstraße 10

Neue Welt
Arnold Scholz,
Hasenheide 108/114
Heute Mittwoch, 23. Februar 1921:
= **Großer Tag** =
bayr. Bierfest
... Pfg.
Voranzeige! Morgen Donnerstag: Prämiierung des wohlbeleibtesten Junggesellen. 3 bare Geldpreise 300, 200, 100 Mark.

Steidl-Theater
Moritzplatz
(früher Buggenhagen)
Dir.: J. Wreschinski
Ab Sonntag, 20. Febr.
täglich:
Fritz Steidl-Sänger
Fritz Steidl, Kurt Reising, Max Grothe, Rob. Stephan usw.
Zum Schluß:
Erlebnisse eines Verstorbenen
Ulkiade von Fritz Steidl
Hotzel-Orchester. Anf. 7½ U.
Preise incl. Steuer von 1.10–6.50 Mk.
Sonntag-Nachmittagsvorst. halbe Kassenpreise
Vorverkauf täglich von 11–1 Uhr a. d. Kasse

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6-2.
Tägl. 7½, Sonntag nachm. 4 Uhr
Eia-Sänger
Zum Schluß „Der Kriegsgewinnler."
Nachm. halbe Pr.
Vorv. 11-1½ u. 4-6 a. d. Tageskasse u.
Leipz. Str. ...

Persil
wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält
die Wäsche,
spart Arbeit
Seife u. Kohlen.
Bestes und billigstes
selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Konkurrenzlose Preise!
Fahrradreifen Prima Gummi 28 × 1½, von **48⁰⁰** Mk. bis 125.— Mk.
Garantie-Reifen .... von 70.— Mk. an
Gebirgsreifen, prima ...... 80.— Mk. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, Ia Gummi .. 16.50 Mk. bis 20.— Mk.
Karbid, Oel
AUTOREIFEN- und FAHRRAD-HAUS **„Nord-Ost"** Berlin, Elsasser Str. 69 am Rosenthaler Tor

Möbel Ausverkauf wegen Räumung
zu selten billigen Preisen
auch auf Kredit
bei kleinster An- und Abzahlung
Liefere frei Haus — Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

PROLETARISCHE JUGEND
SAMMLUNG SOZIALISTISCHER JUGENDSCHRIFTEN
Heft 1
Arbeiterjugend und sexuelle Frage
Von Hans Hackmack
Preis **2.50** Mark
Verlag: Jugendgenossenschaft FREIHEIT Berlin C 2 Breite Str. 8-9

Schlafzimmer
eichene, Spiegelschrank, Marmortoilette mit Facettespiegel, Nachttische, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Rohrstühle 3850, ; dasselbe weiß lackiert 3500,-. Herrenzimmer, 2 m Bibliothek komplett 4650,—. Speisezimmer gediegene Ausführung, mit 6 echten Lederstühlen 4250,—. Kücheneinrichtung 575,—. Klubgarnituren 4000,—, nußbaum Standuhren 1200,—. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preisen.
Hans Lennert
Berlin N, Lothringer Str. 55
am Rosenthaler Platz.

Neu eröffnet!
Kaufe Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Zink, Lagermetall, Quecksilber u. Zinn
Lothringer Straße 48, a. Rosenthaler Platz und Dragonerstraße 41 I.

Sämtliche Altmetalle
kauft laufend
WIEMER
Putbuser Straße 30 I
Mirbachstraße 4, Hof
TUTEL
Schivelbeiner Straße 5

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Anst. „Löser", **Dir. O. Löser**, Münzstr. 9 nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Frauenleid., Syphilis, Salvarsankuren, Blutuntersu.,
Dr. med. Lommer Mannesschwäche. Damen separ.
Ambulatorium, 10–1, 4–7½, Sonntags 10–12,
Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße.

Spezialarzt
Dr. med. Kiohn
Schönhauser Allee 67 p., 10-7 (auß. Dienst.), Stg. 10-2. Gonorrhöe, Blasen-, Harnleiden, Syphilis, Frauenleid., Blutunters. Beste, dauernde Heilerfolge. Schmerzlose Behandlung in kürzester Zeit ohne Berufsstörung.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst
Vers. San. Artikel Co. Engelbrecht, München B 72, Kapuzinerstr. 9.

Sp. z.-Beh. nur für **Ischias**
in Hüft., Gesäß u. Bein. De schw. Fälle in 15 Tagen beseit. w., hierüber unentgeltl. Heilerf., beftch. u. Referenzen. Invalidenstr. 106. **Jaroby**
von 9–3.

Quecksilber, Zinn
kauft Neue Hochstraße 38.
Telephon: Humboldt 2779.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

Kupfer, Messing Blei usw.
kaufen
Gebr. Fuhrmann
Nollendorf-Straße 39

METALLE
Legierungen und Rückstände
kaufen jedes Quantum
Hermann Tasche & Co.
Langenbeckstraße 4

Händler! Händler!
Seife und Reinigungsmittel
sehr billig
Doppelriegel 2.70 Mark
Rieck, Kl. Frankfurt. Str. 13, Ecke Landsberger Str.

Raucherdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst
Vers. San. Artikel Co. Engelbrecht München N, 21, Kapuzinerstr. 5.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:
Der Arbeiter
Wilhelm Taube
am 19. Februar.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Febr., mittags 12½ Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Der Former
Otto Hartmann
am 19. Februar.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 23. Febr., nachm. ½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Der Schlosser
Josef Foulon
am 21. Februar.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 24. Febr., vorm. 9 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:
Der Schmiedearbeiter
Otto Schur
am 4. Februar.
Der Schlosser
Adolf Kathmann
Tempelhof, Schönburgstr. 6, am 8. Feb. d. J.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Filiale Berlin :: Sebastianstraße 37-38
Achtung! Achtung!
Blusen- u. Kleider-Konfektion
Am Donnerstag, den 24. Februar 1921, abends 6 Uhr in den Orpheus-Sälen, Brückenstraße 1
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Unser neuer Tarif für die bei Zwischenmeistern und die bei den Betrieben der Fabrikanten beschäftigten Kolleginnen. Referent: Kollege Willy Lehmann.
2. Wahl der Branchenkommission.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert; ohne diese oder mit mehr als sechs restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet
Die Branchenleitung.

Arbeiter-Wäsche
zu Fabrikpreisen
Männer- und Frauen-Hemden 28.— bis 40.— Mk.
Werkstatthemden, farbig ...... 25.— Mk.
Unterhosen für Frauen, farbig .... 24.— Mk.
Keine Reichsware :: Beste Verarbeitung
Nur Wochentags zwischen 5 bis 8 Uhr
Herbert Epstein, Charlottenburg!
Tauroggener Straße 9 Portal I, 2 Treppen am Luisenplatz
Bahnverbindung: Linie 5, 8, 10, 18, 54, 164.
Bahnh.: Jungfernheide :: Inserat als Ausweis mitbringen.

Säle für Versammlungen, 50—200 Personen
Ohne Verpflegung :: Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41 :: Norden ...

Zigarettengroßhandlung
Nur an Wiederverkäufer. Große Auswahl bek. Mark. z. Engrospr. Dessen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch Paul John „Ueber Berg und Heide". Geschmackvoll gebunden 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Genossen werbt für die Freiheit

Groß-Berlin

Proletariat und Volksschule

Der Kampf der reaktionären Parteien und Vereinigungen gegen den drohenden Fortschritt auf dem Gebiete der Kulturpolitik dauert mit unverminderter Stärke fort. Der Wahlausgang wird den Mut des Bürgertums ohnedies noch steigern, sodaß diese Schichten immer mehr nach der Ueberzeugung handeln werden: wir haben es gar nicht nötig, den Kulturfortschritt über uns ergehen zu lassen!

Gegen die Bestätigung Paulsens haben die Elternbeiräte an den höheren Schulen Berlins in ihrer Arbeitsgemeinschaft einen Protest ausgearbeitet, den sie nun losgelassen haben und in dem es heißt:

„Provinzial-Schulkollegium und Oberpräsident haben durch die Bestätigung Paulsens eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Obwohl nach der Verfassung, Art. 120, „die Erziehung des Nachwuchses oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern“ ist, sind die warnenden Vorstellungen der Elternschaft nicht gewürdigt worden. Paulsen ist als Elementarlehrer nicht befähigt, das altbewährte höhere Schulwesen von Groß-Berlin zu leiten. Anscheinend ernstlich krank, reicht auch sein Körperbefinden wohl kaum für das schwere Amt aus. Wir erheben Einspruch usw.“

Die bürgerlichen Eltern stellen es hier so dar, als ob die „Warnungen“ aus ihren Reihen als die Meinung der gesamten Elternschaft zu betrachten seien. Daher ziehen sie die Bestimmung der Verfassung an, daß „die Erziehung des Nachwuchses oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern“ ist.

Wie stand es bis jetzt mit diesem natürlichen Recht der Arbeitereltern? Die Erziehung des Nachwuchses der Arbeiterklasse erfolgte im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft und im Auftrage der herrschenden Klasse in der Schule in einem Geiste, der dem der Eltern gerade entgegengesetzt war. Die Schule erzog die jungen, empfänglichen Menschenkinder zu preußischen Untertanen. Der größte Mangel der bisherigen Erziehung, die größte Unterlassungssünde war die, daß man absichtlich verhinderte, den Kindern das „natürliche Recht“ zu lehren, sie zu aufrechten, ihres Persönlichkeitswertes bewußten Menschen zu machen. Diesen Mangel spürt die erwachsene Arbeiterschaft heute noch. Wie viele Arbeiterfrauen vermögen nicht einmal bei der Einschulung und ähnlichen Gelegenheiten mit ruhiger Bestimmtheit dem Schulrektor entgegenzutreten, wenn eine abfällige Bemerkung wegen des ungetauften Kindes gemacht wird!

Die Schule ist nicht ein Gebiet, dem die Arbeiterschaft ihre Aufmerksamkeit schenken sollte, sondern sie ist das Gebiet, auf dem sie sich die Zähigkeit der Kulturreaktionäre zum Beispiel dienen lassen sollte. Wie oft hat nicht eine Frage in der Partei, eine Gelegenheit der Diskussion, das Eingreifen in öffentlichen Versammlungen dem Arbeiter gezeigt, wie sehr es ihm an den einfachsten Kenntnissen mangelt! Deshalb muß der Arbeiter der Erziehung seines Nachwuchses die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Um aber kontrollieren zu können, in welcher Weise sein Kind in der Schule herangebildet wird, muß der Arbeiter sich selbst ein Bild darüber verschafft haben, was der zukünftige Klassenkämpfer an Wissen und an Charakterbildung braucht. Deshalb ist die Arbeit an uns selbst so notwendig; das ist wahrhaftig nicht der schlechteste Sozialismus, den wir versuchen an uns selbst zur Tat werden zu lassen!

Große Schwierigkeiten sozialer und wirtschaftlicher Art stehen diesem Mühen entgegen. Aber wie die Befreiung der Arbeiterklasse als Ganzes dem Proletariat nicht als eine reife Frucht in den Schoß fällt, so will auch die geistige Befreiung des einzelnen Menschen von dem Einfluß der bürgerlichen Bildung mit zäher Mühe erkämpft sein. Der Lohn aber dieses geistigen Befreiungskampfes ist groß: der Proletarier ist durch ihn in die Lage versetzt, sein Kind, den Nachwuchs und die Hoffnung der Alten, in wahrhaft sozialistischem Sinne erziehen zu helfen!

Kreistagswahlen. Aus Kreis Niederbarnim wird soeben das Resultat der Wahlen für den Kreistag bekannt. Danach erhielten die Rechtssozialisten 7 Sitze, die Unabhängigen 5, die Kommunisten 3. Auf die bürgerliche Einheitsliste (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) entfielen 13 Mandate und das Zünglein an der Wage werden die Demokraten bilden, auf die zwei Sitze entfielen. Im Kreise Teltow wurden gewählt: 9 Rechtssozialisten, 6 U. S. P. D., 2 K. P. D., 2 Demokraten und 11 Vereinigte Bürgerliche.

Wahl des Bezirksamts Berlin III (Wedding)

Der Bezirk Wedding wählte am Montag die Mitglieder zum Bezirksamt. Die Zusammensetzung dieses rein proletarischen Bezirks ist folgende: 27 Mitglieder der U. S. P., 13 K. P. D., 10 S. P. D, während sämtliche bürgerlichen Parteien zusammen 13 Mitglieder ausmachen. Unsere Partei, als die stärkste, hatte sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, jede Partei ihrer Stärke entsprechend am Bezirksamt zu beteiligen, nur konnte sie die zu einem Block zusammengeschlossenen bürgerlichen Parteien nicht als ein Parteigebilde anerkennen. Dieser Zusammenschluß mag zur Bildung von Ausschüssen und Vertretungen in der Verwaltung anzuerkennen sein, für den Anspruch einer Vertretung im Bezirksamt kommt er nicht in Frage. Aus diesem Grunde wurde die Verteilung in der Weise vorgenommen, daß von den sieben besoldeten Mitgliedern vier die U. S. P., zwei die K. P. D. und ein Mitglied die S. P. D. stellen sollten. Nun präsentierte die K. P. D. zwei Kandidaten, von denen einer als ungeeignet abgelehnt wurde, einen Ersatzmann zu stellen, weigerte sich die K. P. D. Die U. S. P. hielt diesen Sitz noch bis zur Bezirksversammlung der K. P. D. offen, diese beharrte aber hartnäckig auf ihrem Vorschlag und wiederholte ihn in der Versammlung. Zunächst wurden die übrigen Kandidaten, die vom Ausschuß empfohlen wurden, in einzelnen Wahlgängen gewählt. Bürgermeister wurde Karl Leid (U. S. P.), Stellvertreter Lehrer Kulich (U. S. P.). Besoldete Stadträte Blaschzik (U. S. P.), Bock (U. S. P.), Otto Frank (S. P. D.) und K. Schmidt (K. P. D.). Weil die K. P. D. ihren abgelehnten Vorschlag wiederholte, setzten ihr die S. P. D. und die bürgerlichen Parteien Gegenvorschläge gegenüber. Um der K. P. D. noch im letzten Augenblick den ihr zukommenden Sitz zu erhalten, schlug unsere Fraktion den Genossen Kreyenbrink vor. Das Ergebnis der Abstimmung war, daß unser Genosse mit den Rechtssozialisten in Stichwahl kam, und daß er in der engeren Wahl mit 26 Stimmen gewählt wurde. Die K. P. D. und die bürgerlichen Parteien gaben weiße Stimmzettel ab, insgesamt 26. Nach der Wahl wurde von unseren Genossen den K. P. D.-Leuten erklärt, daß der Gewählte die Annahme der Wahl ablehnen würde, wenn die K. P. D. sich jetzt noch entschließen würde, einen anderen geeigneten Vorschlag zu machen. Dieser Vorschlag wurde zurückgewiesen und es ist nunmehr alles geschehen, um der K. P. D. den ihr gebührenden Sitz zukommen zu lassen. Das aber kann nicht von uns verlangt werden, einen Mann zu wählen, der seiner ganzen Persönlichkeit nach, sich zu dem vorgeschlagenen Amt nicht qualifiziert. Die Wahl der unbesoldeten Stadträte ergab für die U. S. P. drei, für die S. P. D., K. P. D. und bürgerlichen Parteien je ein Mandat. Gewählt wurden Zietemann, Frau Lungwitz und Frau Kremer (U. S. P.), Pfeifer (S. P. D.), Dörr (K. P. D.), Nick (Bürgerlicher).

Interessant war, wie die K. P. D.-Leute ihre eigenen Anträge sabotieren. Vor längerer Zeit hatten sie auch in diesem Bezirk ihre bekannten Anträge über die Arbeitslosen, Wohnungsfrage und die Lesehallen gestellt. Diese Anträge waren damals als Dringlichkeitsanträge eingereicht worden; sie wurden einem Ausschuß überwiesen. In diesem Ausschusse waren die K. P. D.-Leute so hilflos, daß sie keinen anderen Ausweg wußten, als zu beantragen, die Anträge möchten nur andern neuzubildenden Ausschüssen überwiesen werden, die sachverständiger zusammengesetzt werden sollen. In der Bezirksverordnetenversammlung am Montag wurde in diesem Sinne berichtet und dem Wunsche der Antragsteller entsprochen, nicht ohne darauf hingewiesen worden zu sein, daß in dem Antrage eine Verschleppung schlimmster Art läge, die mit dem ursprünglichen Dringlichkeitscharakter nichts mehr zu tun habe.

Zur Kommunalisierung des Anschlagwesens

Gestern wurde im Rathaus in einem Ausschuß über die Verstadtlichung des Anschlagwesens und die Uebernahme der Druckerei Rauck u. Hartmann beraten. Wie sich aus den Verhandlungen ergab, waren Interessentenkreise tätig gewesen, um die Errichtung einer Druckerei durch die Stadt zu verhindern. Mit welchem Erfolge, bewies die Tatsache, daß die Vertreterin der Firma in eine weitere Verlängerung der Bindungsfrist für ihr Angebot nicht willigen wollte. Die bürgerlichen Parteien wollten damit den Auftrag des Ausschusses für erledigt ansehen, was aber von den sozialistischen Fraktionen verhindert wurde. Es wurde vielmehr der Frage nähergetreten, daß der Betrieb des Anschlagwesens vom 1. April ab nicht mehr durch die private Hand, sondern durch die Stadt geschehen solle. Die bürgerlichen Vertreter suchten die Entscheidung darüber zu verzögern, um eine ihnen genehm erscheinende Lösung herbeizuführen. Das wurde vereitelt und beschlossen, daß nach Ablauf des Vertrages das Anschlagwesen in die öffentliche Hand übergeht; die Form des Betriebes soll späterer Entscheidung, die bald erfolgen muß, vorbehalten bleiben.

Soweit es sich um eine mit dem Anschlagwesen betriebene Druckerei handelt, wird trotz Rauck u. Hartmann dieser Weg gegangen werden. Jedenfalls wird diese Firma dann schwerlich ihren Betrieb so vorteilhaft verwerten können, wie es jetzt geschehen wäre, denn das Material ihres Betriebes, das vornehmlich dem Plakatdruck dient, wird für sie ziemlich wertlos werden. So sehr sich auch die bürgerlichen Vertreter gegen ein solches Unternehmen sträuben, es kommt auch ohne Rauck u. Hartmann, schneller als sie denken und zwar gegen sie.

Immer wieder kurzsichtige Verkehrspolitik

Die Klagen über Mißstände im Verkehr der Stadtbahn nehmen kein Ende, da die Ursachen nicht beseitigt werden. Die Verkehrsverhältnisse weisen Mißstände auf, die ganz offensichtlich einer bureaukratischen Betriebsleitung zur Last gelegt werden müssen. Folgende Zuschrift beweist dies wieder:

„Geradezu unglaubliche Zustände herrschen bei der Stadt- und Vorortbahn. Des Morgens vor 7 Uhr sind die Züge von den zur Arbeit fahrenden Arbeitern in der 3. Wagenklasse überfüllt. Dagegen fahren die Wagen der 2. Klasse leer mit. In letzter Zeit wird nun eine ganz scharfe Kontrolle ausgeübt. Werden nun Arbeiter in der 2. Klasse angetroffen, so hagelt es Strafmandate. Auf die entrüsteten Hinweise auf die Ueberfüllung der Wagen lautet die lakonische Antwort: Warten Sie doch auf den nächsten Zug oder beschweren Sie sich bei der Direktion. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die Klasseneinteilung auf der Stadtbahn, vor allem bei den Arbeiterzügen überflüssig ist. Es kann nichts Aufreizenderes geben, als wenn die Menschen sich in Wagen 3. Klasse zusammenpferchen müssen und nebenan die Wagen der 2. Klasse fast leer sind. Wenn die Eisenbahnverwaltung keine Aenderung herbeiführt, so bleibt der Arbeiterschaft kein Mittel weiter übrig, als geschlossen in die 2. Wagenklasse einzusteigen und sich jeder Sistierung zu widersetzen.“

Die Züge nach dem sie benutzenden Publikum zusammenzustellen, bietet doch wahrhaftig keine besonderen Schwierigkeiten. Wenn sich die Wagenzahl der Züge nicht vermehren läßt, so läßt sich doch mindestens die Wagenverteilung der Klassen so anordnen, wie es den tatsächlichen Verkehrsbedürfnissen entspricht. Oder sollte irgendeine verstaubte Verordnung über die Zahl der Wagen 2. Klasse ein unübersteigliches bureaukratisches Hindernis bilden?

---

1. Verwaltungsbezirk (Berlin-Mitte). Donnerstag, 24. Februar, nachm. 5 Uhr, im Parteibureau, Breite Str. 8-9, wichtige Fraktionssitzung, zu welcher die Bezirksamtsmitglieder und Obleute der kommunalen Kommissionen ebenfalls geladen sind.

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf). Die Fraktion kommt am Freitag eine Stunde vor Beginn der Bezirksversammlung im Realgymnasium zusammen.

Wegen unzulässiger Betriebsführung sind vom Mehlbezuge ausgeschlossen worden: Die Bäckerei Ida Gaulke, Danziger Str. 8 (4 Wochen), der Bäckermeister Hermann Gork, Auguststr. 10 (3 Monate), der Bäckermeister Albert Rehleff, Kr. Andreasstr. 7 (2 Monate), der Bäckermeister Karl Zehle, Roonstr. 14 (4 Wochen), der Bäckermeister Walter Wallhab, Stephanstr. 32, der Bäckermeister Hermann Grabow, Stralitzer Str. 21.

Die teure Büchsenmilch. Die Reichsstelle für Speisefette schreibt uns: Zu dem Artikel „Teure Büchsenmilch“ in Nr. 64 der „Freiheit“ vom 8. Februar 1921, bemerken wir, daß sich die Differenz zwischen dem Abgabepreis der Reichsstelle für Speisefette, Geschäftsabteilung, und der dort angegebenen Kalkulation durch die teilweise notwendige Verarbeitung von durch die Reichszuckerstelle zugewiesenen Auslandszucker und die wesentlich höheren Kosten für die zur Fabrikation benötigten Materialien, wie Dosen, Kisten, Etiketten usw. erklärt. In dem Abgabepreis der Reichsstelle für Speisefette sind für Umsatzsteuer, Frachten, Lagerspesen und sonstige Unkosten nur 40 Pfg. enthalten. Tatsache ist demnach, daß die Dose Kondensmilch der Reichsstelle nicht, wie in dem Artikel behauptet wird, mit 3,65 M., sondern mit 6,90 M. einsteht und mit 7,30 M. abgegeben wird. Es ist also alles in Ordnung.

Erklärung. Entgegen den vielfach kursierenden Gerüchten, daß der Spediteur Oswald Lorenz sich während der Zeit, in der er für uns die Spedition in der Wallstraße in Charlottenburg leitete, Unterschlagungen in unserem Betrieb hat zuschulden kommen lassen, stellen wir hiermit fest, daß Unterschlagungen nicht vorgekommen sind. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H.

Nicht gegen den Elternbeirat in Bohnsdorf haben sich die wenig geschmackvollen Bemerkungen eines jungen Lehrers in

---

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

(11. Fortsetzung.) Deutsch von Dr. O. D. Pollitzer

Das also ist die Wahrheit . . . Das heißt also: weder morgen noch übermorgen werde ich hingehen und alle werden erfahren, weshalb ich nicht hinging — weil ich bei der Dirne geblieben bin, weil ich zu sausen begann, und sie werden mich einen Verräter, einen Feigling, einen Lumpen nennen. Einige werden für mich ein Wort einlegen, werden sich denken können, wie das alles kam . . . aber nein, besser gar nicht erst darauf hoffen — besser so. Aus ist aus. Soll's denn durchaus in die Finsternis gehen, so sei's darum. Und was weiter? Ich weiß es nicht . . . alles ist dunkel. Wahrscheinlich irgend etwas Gräßliches — denn ich kann ja nicht so sein, wie sie . . . Seltsam: man muß erst lernen, schlecht zu sein. Aber bei wem? Bei ihr? . . . Nein, die taugt nicht dazu, die weiß ja selber nichts — nun, ich werde es schon zu Wege bringen. Wenn ich schon schlecht werden soll, dann will ich es auch gehörig, so daß . . . O — etwas Großes werde ich zugrunde richten! Und dann? Dann . . . irgend einmal, dann werde ich zu ihr kommen, oder in eine Kaschemme, oder ins Zuchthaus und sage dann: nun schäme ich mich nicht mehr . . . nun habe ich mir vor euch nichts mehr zu vergeben . . . nun bin ich selbst ebenso schmutzig, ebenso solch ein Gefallener, Elender, wie ihr. Oder ich trete, ein Gefallener, auf einen öffentlichen Platz hinaus und sage: Seht mich nur an! Alles habe ich einst besessen: Verstand, Ehre, Würde, und sogar, es ist furchtbar, zu denken — die Unsterblichkeit; und das alles warf ich einer Dirne zu Füßen, auf alles habe ich verzichtet, nur, weil sie eine Schlechte ist. Was werden Sie darauf erwidern? Ihre Mäuler werden sie aufsperren, sich verwundern — ein „Narr“ werden sie sagen. Gewiß doch, ein Narr. Kann ich denn was dafür, daß ich gut bin? Mag auch sie, mögen sie alle bemüht sein, gut zu werden . . . Verschenke dein Vermögen an Unvermögende . . . Aber eben dieses „Vermögen“ und dieser Christus sind es, die ich nicht anerkenne. (Und noch heißt es: wer die Seele hingibt — nicht das Leben, sondern die Seele — so wie ich es tun will.) Aber sündigte denn Christus selbst mit Sündern, gab er sich dem Trunke hin, brach er die Ehe? Nein, er übte nur Verzeihung, liebte sie sogar. Nun, auch ich liebe, ich verzeihe ja ihnen und habe Mitleid mit ihnen — aber warum sollte ich selbst? Ja, aber sie geht doch nicht in die Kirche. Ich auch nicht. Nicht Christus ist es, nein, etwas anderes — etwas Schreckliches. — Der Satan!

„Es ist furchtbar, Ljuba.“

„Ja, furchtbar, Liebling. Furchtbar ist es für den Menschen, der Wahrheit zu begegnen.“

„Schon wieder sprichst du von der Wahrheit. Aber weshalb furchtbar? Wovor fürchte ich mich? Wovor soll ich mich fürchten — wenn ich es so haben will? Freilich — ich brauche nichts zu fürchten. Werde ich denn dort auf dem Platze vor ihren aufgesperrten Mäulern nicht höher stehen, als sie alle? Nackt, abgerissen, schmutzig — mein Gesicht wird dann auch entsetzlich aussehen — meine ganze Habe werde ich dann verschenkt haben: stehe ich dann nicht da als ein dräuender Verkünder der ewigen Gerechtigkeit, welcher Gott selbst sich unterwerfen muß, wenn anders er ein Gott sein will!“

„Es gibt nichts Furchtbares, Ljuba.“

„Doch, Liebling, es gibt. Hast du keine Angst davor — so ist es recht. Aber rufe es nicht herbei. Das soll man nicht.“

„So also endige ich. Das hätte ich nicht erwartet. Nicht das hatte ich gehofft für mein jung-schönes Leben. Aber mein Gott! Das ist ja Wahnsinn! Ich bin von Sinnen! Noch ist's nicht zu spät. Noch kann ich fort.“

„Mein Liebling“, murmelte das Weib und beugte die Arme zurück.

Er sah sie mürrisch an. Auf ihren selig geschlossenen Augen, in dem irren glücklich-sinnlosen Lächeln lag eine unstillbare Begierde, ein unersättlicher Hunger. Als hätte sie etwas Ungeheures verschlungen und würde noch etwas verschlingen. Er blickte mürrisch auf diese hageren, zarten Hände, auf die dunklen Falten an den Achseln und erhob sich langsam. Mit der allerletzten Anstrengung etwas Kostbares zu retten — das Leben oder den Verstand — oder die alte, gute Wahrheit — begann er ernst und ohne Hast sich anzukleiden. Nun kann er seine Krawatte nicht finden.

„Höre mal, hast du meinen Schlips nicht gesehen?“

„Wohin willst du?“ Sie sah sich nach ihm um. Ihre Hände ließ sie vom Kopfe sinken und streckte sich ganz nach vorn, ihm entgegen.

„Ich gehe.“

„Du gehst?“ wiederholte sie gedehnt. „Du gehst? Wohin?“

Er lachte düster auf.

„Habe ich denn nirgends hinzugehen? Zu meinen Kameraden gehe ich.“

„Zu den „Guten“? Hast du mich betrogen?“

„Ja, zu den Guten.“ Er lachte wieder auf. Endlich war er mit dem Ankleiden fertig, er strich sich die Seiten entlang.

„Gib mir meine Brieftasche.“

Sie reichte sie ihm hin.

„Und die Uhr?“

Sie gab sie ihm. Sie lag dicht daneben, auf dem Nachtkasten.

„Leb' wohl.“

„Hast du Angst?“

Die Frage war ruhig, einfach. Er blickte auf: da stand ein hohes, schlankes Weib mit hageren, fast kindischen Armen, lächelte mit bleichen Lippen und fragte:

„Hast du Angst?“

Wie seltsam sie sich verändern konnte! Bald stark, sogar schrecklich — bald, wie gerade jetzt, traurig und mehr einem jungen Mädchen ähnlich, als einem Weibe. Aber das ist ja gleichgültig. Er machte einen Schritt nach der Tür zu.

„Und ich dachte, daß du bleiben wirst.“

„Was?“

„Und ich dachte, daß du bleibst. Mit mir.“

„Wozu?“

„Den Schlüssel hast du bei dir in der Tasche. — Nun so: damit wir besser werden . . .“

Schon knarrte das Schloß.

„Nun gut denn . . . Geh . . . Geh zu deinen Guten und ich . . .“

Da, in dem letzten Augenblick, als er nur noch die Tür zu öffnen brauchte,— hinter der seine Kameraden, sein herrliches Leben und der Tod eines Helden zu finden war — da beging er jene seltsame, unbegreifliche Tat, die sein ganzes Leben vernichtet hat. War es Wahnsinn, welcher zuweilen so plötzlich der stärksten und ruhigsten Köpfe sich bemächtigt oder entdeckte er wirklich und wahrhaftig — beim Kreischen der trunkenen Geige, in den Wänden eines öffentlichen Hauses, unter den schwarzumrandeten Augen der Dirne — irgendeine letzte, schreckliche Lebenswahrheit, seine eigene Wahrheit, die von anderen Menschen weder begriffen wird, noch begriffen werden kann. Aber, wie immer dem auch sei: ob sein neues Begreifen Wahnsinn war, oder gesunder Sinn, ob es Lüge war oder Wahrheit — er eignete es sich entschlossen und unwiderruflich an, mit jener Unerbittlichkeit der Tatsachen, welche sein ganzes, verflossenes Leben in eine einzige, gerade feurige Linie ausrichtete, es wie einen Pfeil befiederte.

(Fortsetzung folgt.)

Wohnsdorf gerichtet, wie uns von dort berichtet wird, sondern gegen einen Genossen, der in der Diskussion den betreffenden Lehrer angegriffen hatte.

Einen Goldschatz beschlagnahmten Kriminalbeamte der Dienststelle B I, 2 in einem Quartier in der Lichtenberger Straße. Diesen war es aufgefallen, daß ein Mann bei Trödelgeschäften und in Pfandleihen Goldsachen aller Art zum Verkauf und Versatz anbot. Er wurde verfolgt und seine im Keller belegene Wohnung einer Durchsuchung unterzogen. Dabei wurde ein Koffer vorgefunden, der Goldwaren aller Art barg. Der Besitzer wollte diesen von zwei jungen Leuten am Anhalter Bahnhof gekauft haben. Zweifellos stammt dieser jedoch aus einem Diebstahl her. Wahrscheinlich handelt es sich um den Koffer eines Reisenden, der mit diesen Goldsachen, bessere und minderwertige Ware, über Land reist und sie im Umherziehen verkauft. Da der Eigentümer bisher noch nicht ermittelt werden konnte, kann sich dieser im Zimmer 51 des Berliner Polizeipräsidiums melden.

Für 200 000 Mark Pelze gestohlen. 20 000 Mark Belohnung. Reiche Beute machten Einbrecher in der vergangenen Nacht am Blücherplatz. Sie drangen in das Pelzlager von Rudolf Rusch, Büschingstraße 17, ein und stahlen aus diesem Pelzwaren im Werte von 200 000 Mark. Auf die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen sind an Kriminalkommissar Nappe, Zimmer 93 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Gewerkschaftliches

Rote Fahnen-Parolen!

Die „Rote Fahne" hat nun — in Nr. 87 — eine neue Parole, um die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale zu verunglimpfen. Unsere Zurückweisung in unserer Freitag Abendnummer vom 18. hat dem Blatt wohl den Anlaß gegeben, eine neue Spitzmarke auszuhecken. Diese sieht nun so aus: „Die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale will den kapitalistischen Aufbau! Proletarier, was wollt Ihr?"

Auf diese Anwürfe einzugehen, verlohnt sich nicht, es sei denn, das Blatt würde sich an Umgangsformen gewöhnen, die nicht mit der berühmten Lenin'schen Anweisung, auch mit Verleumdung etc. zu arbeiten, übereinstimmen würde.

In derselben Nummer beschäftigt sich das Blatt mit den Abwehrmaßnahmen des Metallarbeiter-Verbandes, die dahin gehen, den systematischen Minierern das Handwerk zu legen. Und insbesondere erregt es den Unwillen der „Roten Fahne", daß eine Erklärung gegen die geplante kommunistische Sonderkonferenz, die von der kommunistischen Fraktion der Berliner Metallarbeiter einberufen werden sollte, von dem Hauptvorstand des Verbandes erlassen wurde. Lustig ist es zu hören, daß die Kommunisten die Gewerkschaften vor uns — retten wollen! — Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Herrn Verfasser zu gut, um diese ernst zu nehmen. Und wir begreifen ihren Schmerz über unsere Aktionen. Darum, unabhängige Metallarbeiter: stellt jederzeit Euren Mann und laßt Euch von den kommunistischen Wirrköpfen nicht beirren.

Zur Internationalen Transportarbeiter-Tagung

Am 18. April tritt in Genf der Internationale Transportarbeiter-Kongreß zusammen, der von der Internationalen Transportarbeiter-Federation, mit Sitz in Amsterdam, einberufen wurde und für den der provisorische Sekretär, Gen. Edo Fimmen zeichnet. Eingeladen sind alle Transportarbeiter-, Eisenbahner- und Seeleuteorganisationen, auch die, die der Federation noch nicht angehören. Stimmrecht jedoch erhalten nur die Organisationen, die ordnungsmäßig angeschlossen sind und die Beiträge für das dem Kongreß vorausgehende Quartal entrichtet haben. An der Diskussion können sich jedoch alle Delegierte beteiligen. Organisationen senden bis zu 5000 Mitgliedern einen Delegierten, bis zu 10 000 zwei, für jede weitere 10 000 bis zu 100 000 und über 100 000 für jede 50 000 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Die Stimmabgabe erfolgt durch Namensaufruf. Auf dem Kongreß sollen außer den rein geschäftlichen Arbeiten zunächst das Exekutivkomitee, der Generalrat und der internationale Sekretär gewählt werden.

In der Hauptsache wird sich der Kongreß mit den von den verschiedensten Landesorganisationen bereits eingesandten Anträgen zu beschäftigen haben. Reaktion und Militarismus, internationale Zusammenarbeit, unterdrückte Rassen, Vergesellschaftlichung der Transportmittel, der Friedensvertrag, Freihandel, Achtstundentag, Normalisierung der Arbeitsbedingungen, Zentralisierung der Transportarbeiter in jedem Lande, Mitbestimmungsrecht usw. enthalten die Resolutionen. Bemerkenswert ist, daß nur die englischen, schwedischen und holländischen Verbände, außer dem Exekutivkomitee, sich mit den vorbereitenden Aufgaben beschäftigten.

Die deutschen Transportarbeiterverbände fehlen bis jetzt. Da kaum anzunehmen ist, daß unsere Transportarbeiter wunschlos sind, so wäre ein schleunigstes Nachholen zu begrüßen.

Die Tagung selbst, die im Zeichen der internationalen Interessensolidarität stehen wird, ist ein kleiner Lichtblick in die Zukunft. Hoffentlich werden die Ergebnisse des Kongresses von nachhaltiger Wirkung sein.

Eine Sklavenordnung

Die Arbeitgebervereinigung der Hütten- und Metallindustrie für Düsseldorf und Umgebung hat folgendes „Kulturdokument" als Anhang zu den Arbeitsordnungen herausgegeben:

Das vorzeitige Verlassen der Arbeit ohne Entschuldigung wird mit mindestens eine Stunde Lohnabzug geahndet.

Ferner wird mit einem Viertel des Durchschnittsarbeitstagesverdienstes bestraft:

1. Unentschuldigtes Fernbleiben von der Fortbildungsschule.
2. Unbefugtes Betreten einer Werkstätte.
3. Unbefugter Aufenthalt in den Speise-, Umkleide- und sonstigen Aufenthaltsräumen.
4. Nicht, oder nicht rechtzeitiges Melden von Unfällen.
5. Nichtmelden des Verlustes von zur Kontrolle dienenden Gegenständen innerhalb 24 Stunden.
6. Unerlaubter verlängerter Aufenthalt auf dem Werke.

Mit der Hälfte des Durchschnittstagesverdienstes wird bestraft:

1. Unentschuldigtes Versäumen einer Schicht.
2. Einführen von Fremden in das Werk.
3. Trunkenheit auf dem Werk, oder Einführung von Branntwein in das Werk; der Branntwein unterliegt der Beschlagnahme.
4. Vorzeitiges Verlassen der Arbeit, unerlaubte Entfernung von der Arbeit, Schlafen oder Lesen während der Arbeitszeit.
5. Nicht ordnungsmäßige Ausführung der übertragenen Arbeiten.
6. Vorsätzliche oder grob-fahrlässige Sachbeschädigung zum Schaden des Werkes oder eines Mitarbeiters.
7. Mißbrauch von Betriebseinrichtungen.
8. Ruhestörung und grober Unfug.
9. Unbefugtes Oeffnen von Werkzeugkästen.
10. Verrichtung von Privatarbeit innerhalb des Werkes und unerlaubter Handel innerhalb des Werkes, namentlich mit Eßwaren, Getränken, Zigaretten und dergleichen.

Mit der vollen Höhe des Durchschnittstagesarbeitsverdienstes wird bestraft:

1. Alle in § 46 der Arbeitsordnung und § 123 der Gewerbeordnung aufgeführten Fälle, sofern nicht fristlose Entlassung erfolgt.
2. Ungehorsam, ungebührliches Benehmen oder Widersetzlichkeit gegen Vorgesetzte oder Personen des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes.
3. Betreten oder Verlassen des Werkes auf nichtordnungsmäßigem Wege.

Weitere Verstöße gegen die Arbeitsordnung und Werksdisziplin insonderheit gegen die Unfallverhütungsvorschriften werden je nach Lage des Falles geahndet.

Es wird an der Arbeiterschaft liegen, und insbesondere an den Betriebsräten, die vorsintflutliche Schandordnung dorthin zu dirigieren, wohin sie gehört, auf dem Schindanger.

Betriebsräte!

Am 3. März, abends 6 Uhr, findet die Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Wirtschaftsbezirk Berlin, in Kliems Festsälen, Hasenheide, statt. Tagesordnung: 1. Aufgaben und Arbeitsteilung der F. B. R. Z., Referent: Emil Barth. 2. Diskussion. 3. Bestätigung der Sekretäre. 4. Vorliegende Anträge. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. Emil Barth. E. Guiard.

Die Gewerkschaftskommission schreibt uns: In der „Roten Fahne" und „Freiheit" vom **Sonnabend, den 19. Februar** (Abendausgabe) werden von einem sogenannten Reichserwerbslosenausschuß für Ende d. M. Wahlen von Arbeitslosenräten für Groß-Berlin angekündigt. Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich bei diesen Wahlen nur um die unorganisierten Arbeitslosen handeln kann. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen sind bereits die Arbeitslosenräte gewählt. Ihre Anerkennung beim Magistrat machte bisher nur dadurch Schwierigkeiten, weil von unberufener Seite durch Quertreibereien immer wieder verhindert wurde, die von den Gewerkschaften gewählten Arbeitslosenräte in Funktion treten zu lassen.

Schlichtungsausschuß- und Innungsschiedsgerichts-Beisitzer. Am Donnerstag, den 24. Februar 1921, abends 6 Uhr, findet in der Schulaula, Koppenplatz 12, eine Sitzung statt. Wir bitten die Kollegen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Afa, Ortskartell Groß-Berlin. Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Gewerkschaftskommission Schöneberg-Friedenau. Sitzung: Donnerstag, den 24. Februar 1921, abends 7 Uhr, pünktlich, bei Grundt, Meininger Straße 8. Tagesordnung: 1. Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Delegierten, besonders der Friedenauer Unterkommission, erforderlich. I. A.: Willi Lehmann.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Berlin. Die für Donnerstag, den 24. Februar 1921, angesagte Branchenversammlung der Schmiede findet auf Ersuchen der Branchenleitung erst in nächster Woche statt. Nähere Bekanntmachung erfolgt!

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband sendet uns folgendes: Ein Eldorado. Bei der Altmetallhandlung L. u. W. Höller, Stralauer Allee 20c, sind die „herrlichen wilhelminischen Zeiten" bereits wieder angebrochen. Vom Achtstunden-Arbeitstag hat man dort noch nichts gehört. Es wird eben gearbeitet, so lange es dieser getaufte Deutschnationale für gut befindet. Demobilmachungsverordnung, Betriebsrätegesetz, Reichsverfassung und ähnliche schöne Sachen haben für diesen Betrieb keine Gültigkeit. Um das auch den Arbeitern so recht zur Kenntnis zu bringen, erließ die Firma folgende „Verordnung": „Pünktlichkeit von 5-Uhr-Abendschluß ist bei uns keine Rede! Kommunistische oder bolschewistische Gesinnung oder Aeußerung bei sofortiger Entlassung verboten! Ebenso Besprechung vom Verband oder Beitritt mit Drohung ein für allemal. Nach dem Verband richten wir uns nicht. Wir zahlen Lohn jedem nach seinen Leistungen, denn wir verlangen eine Vorlegung von Unterlagen von dreijähriger Lehrzeit in diesem Fache. Betriebsrat sind wir selbst! Arbeiterrat brauchen wir nicht. Es werden noch mehr eingestellt bei verkürzter Arbeitszeit. L. u. W. Höller." Abgesehen von diesem originellen Deutsch, fragen wir den Gewerbeinspektor und die „objektivste Behörde", ob sie sich diesen Betrieb einmal näher ansehen wollen.

Aus den Organisationen

Mittwoch, 23. Februar

5. Distrikt. 3. Abteilung. Die [illegible] findet am Mittwoch nicht in der Schule, sondern Wilmsstr., Ecke Plan-Ufer 63 bei Pöhl statt. Es müssen alle Genossen erscheinen.

15. Distrikt. Sitzung der kommunalen Kommission abends ½8 Uhr bei Braun, Wilhelmshavener Straße 24.

16. Distrikt. Abends 7 Uhr Landagitationskommission mit Referenten Stettiner Straße 11, bei Scharrmann.

Donnerstag, den 24. Februar

7. Distrikt. Abends 7½ Uhr, bei Mieckе, Warschauer Straße 17, engere Vorstandssitzung.

Reinickendorf-Ost. Sitzung der Funktionäre im Seebad Kinderheim.

Elternbeiräte im 15. Verwaltungsbezirk. Hierzu gehören die Orte: Treptow einschl. Abtei, Oberschöneweide, Wuhlheide-Gutsbezirk, Niederschöneweide, Johannisthal, Adlershof, Alt-Glienicke. Abends 7 Uhr, in Niederschöneweide, Brückenstr. 3, bei Schreiber. Versammlung aller Elternbeiräte der USP. Mitgliedsbuch legitimiert. Tagesordnung: Zusammenschluß im 15. Verwaltungsbezirk.

Vereinskalender

Mittwoch, den 23. Februar

Zentralverband der Angestellten. Reichs- und Staatsbehörden; abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — Briefumschlag-, Papierausstattung, Luxuspapier: Abends 6½ Uhr, Mitgliederversammlung, Verbandslokal Belle-Alliance-Straße 7/10.

USP. Krankenkassen-Angestellte. Nachm. ¼4 Uhr wichtige Versammlung, Inselstraße 1, Ecke Neue Jakobstraße.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Nord-Ost. Bezirksgeneralversammlung im Lyzeum, Greifswalder Straße 23, abends 7 Uhr. Referent Genosse Tiedt, Korreferent Genosse Gutowski. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Soz. Proletarierjugend Groß-Berlin. Die irrtümlicherweise zu Donnerstag angesagte Besprechung der Funktionäre über die Ausführung des Kurses findet am Mittwoch nach Schluß des Vortrages statt. Es ist deshalb Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, den 24. Februar:

Zentralverband der Angestellten. Einzelhandel: abends 7½ Uhr, Funktionärversammlung, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. — Verbandsangestellte: abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung, Sophiensäle, Sophienstr. 17/18.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Gruppe II aus den Engrosbetrieben der Herren-, Knaben- und Burschenkonfektion, Gummimäntel, Phantasiewaren sowie Berufskleidung: abends 5 Uhr, im Lokal von Karl Wiese, Volksstr. 29, Gruppenversammlung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Textilbranche. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen, abends 6 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, Branchenversammlung.

Lebensmittelkalender

Auf den **Abschnitt „92" der Groß-Berliner Lebensmittelkarte** entfallen 250 Gramm Kartoffelstärkemehl zum Preise von 1,70 M. (3,40 M. je Pfund). Die Anmeldeabschnitte sind vom Mittwoch, den 23., bis Freitag, den 25. Februar 1921 bei den Kleinhändlern abzugeben.

Neuwahl der Betriebsräte

Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 ist mit dem Tage der Verkündigung im Reichsgesetzblatt vom 9. Februar 1920 in Kraft getreten. Spätestens 6 Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes war die erste Wahl zu den Betriebsvertretungen einzuleiten (§ 102 Abs. 1 des BRG.), deren amtliche Dauer nach § 18 des BRG. auf ein Jahr bestimmt ist. Durchschnittlich werden die ersten Wahlen im Monat März 1920 stattgefunden haben, mit Ausnahme der Betriebe, die im Laufe des Jahres neu errichtet wurden oder solche Betriebe, in denen die Zahl der Beschäftigten eine Höhe erreichte, daß nach dem Gesetz die Wahl eines Betriebsrates vorgenommen werden mußte. Es stehen deshalb demnächst allgemein die Neuwahlen zu den gesetzlichen Betriebsrätevertretungen bevor. Die Neuwahl tritt automatisch, ohne besondere Aufforderung von staatlicher Stelle ein. **Der geschäftsführende Ausschuß der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale hat in einem Aufruf vom 2. Februar 1921 ersucht, Betriebsvertretungen, die zur Neuwahl stehen, möglichst an einem örtlich zu vereinbarenden Tage, am 21. März d. J., neu zu wählen.** Wir begrüßen diese Anregung und können sie nur unterstützen. Durch die örtlich gemeinsam eingeleitete Wahl wird den Betriebsrätekörperschaften und den Gewerkschaften viel Einzelarbeit erspart bleiben. Deshalb ist es richtig, daß die bevorstehenden Wahlen gemeinsam eingeleitet werden und die örtlichen Betriebsrätekörperschaften zusammen mit den Gewerkschaften über den festzusetzenden Termin zu den Neuwahlen sich verständigten.

Ferner wollen wir kurz auf die ersten Maßnahmen hinweisen, die der alten Betriebsrätevertretung gesetzlich zur Pflicht gemacht werden.

Nach § 23 des BRG. hat der bestehende Betriebsrat spätestens 4 Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus 3 Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Dieser gewählte Wahlvorstand muß unverzüglich die Neuwahl einleiten, die spätestens nach 6 Wochen stattzufinden hat. Die erste Tätigkeit des Wahlvorstandes ist die **Aufstellung einer Liste der Wahlberechtigten im Betriebe,** getrennt nach den Gruppen der Arbeiter und Angestellten. Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Maßgebend ist das Alter am letzten Tage der Stimmabgabe. Spätestens 20 Tage vor der Wahl erläßt der Wahlvorstand am zweckmäßigsten durch Aushang im Betriebe ein **Wahlausschreiben,** in dem die Angabe enthalten sein muß betreffs der Zahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder, aus Arbeitern und Angestellten bestehend, und deren Ergänzungsmitglieder. Weiter muß bemerkt sein, wo die Wählerliste zur allgemeinen Einsicht ausliegt und bis wann die Vorschlagslisten für die Bewerber einzureichen sind. Die **Vorschlagslisten** müssen von 3 Wahlberechtigten unterschrieben und wenigstens doppelt soviel Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Als **Bewerber** kann nach dem Gesetz nur in Frage kommen, wer mindestens 24 Jahre alt und deutscher Reichsangehöriger ist. Ferner muß er mindestens 6 Monate im Betriebe beschäftigt sein und Beruf oder Gewerbe wenigstens 3 Jahre angehören. Die auf Grund des § 25 des BRG. erlassene Wahlordnung zur Wahl der Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte enthält eingehende Vorschriften über die Behandlung der eingereichten Listen, über die Stimmabgabe, Feststellung des Wahlergebnisses und über die ungültige Wahl und Anfechtung einer Wahl. Um eine gültige Wahl zustande zu bringen, muß jeder Wahlvorstand genau die gesetzlichen Formalitäten beachten. Deshalb ist eine genaue Kenntnis der Wahlordnung notwendig. **Die Unkosten für die Durchführung der Wahl hat der Unternehmer zu tragen.** Ueber die Auswahl der Bewerber enthält das BRG. die Ordnungsvorschrift, daß bei der Zusammensetzung des Betriebsrates die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Die Beachtung dieser Ordnungsvorschrift ist im Interesse des Betriebsrates selbst geboten, um dem Betriebsrat den Ausgleich etwa bestehender, verschiedener gegensätzlicher Berufsinteressen zu erleichtern. Auch darum, damit der Betriebsrat eine Körperschaft darstellt, in der die verschiedenen speziellen Untergebiete der Produktion durch sachkundige Personen vertreten sind. **Weiter ist es notwendig, bei den Neuwahlen Bewerber auszuwählen, die über Charakter, Festigkeit, Wissen und Können und über eine auf längerer gewerkschaftlicher Tätigkeit beruhende Erfahrung verfügen.** Wenn nach diesen Grundsätzen bei der Aufstellung der Kandidaten verfahren wird, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Kollegen und Kolleginnen Betriebsvertretungen bekommen, die befähigt sind, sich einen Einfluß zu erwerben, der über die formalen Befugnisse des Betriebsrätegesetzes hinausgeht. Die papiernen Schranken des BRG. werden solche Betriebsvertretungen nicht hindern, an der gewissenhaften Wahrnehmung der mannigfachen Arbeiterinteressen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ihre Pflicht zu tun. (Die Wahlordnung kann als Sonderdruck zum Preise von 50 Pf. durch die Buchhandlung „Freiheit" bezogen werden.)

Aus der Wirtschaft

Neue Verschmelzungen

Tag um Tag konzentriert und festigt sich das deutsche Kapital. Von neuen Verschmelzungsbewegungen wird gemeldet:

Der Rückforth-Konzern (Ferd. Rückforth Nachf. A. G. in Stettin), der sich in der letzten Zeit sehr stark ausgedehnt hatte, hat die Aktienmehrheit der Bergschloßbrauerei und Malzfabrik C. L. Wilh. Brandt A. G. in Grünberg (Schlesien) erworben.

Die Maschinenfabrik Buckau A. G., die ein Aktienkapital von 9 Mill. Mk. besitzt, hat sich mit der großen Maschinenfabrik R. Wolff A. G. in Buckau bei Magdeburg verschmolzen, die zu diesem Zweck ihr Kapital um 40 Mill. Mk. erhöhen wird.

Die Deutsch-Ostafrika-Linie erhöhte ihr Kapital von 10 auf 20 Mill. Mk. und schloß mit der Woermann-Linie eine Interessengemeinschaft auf 50 Jahre.

Von ähnlichen Vorgängen im Ausland liegen folgende Nachrichten vor:

Die bekannte englische Cunard-Linie erhöht ihr Kapital um 4 Millionen Pfund Sterling (nach dem heutigen Kursstand fast eine Milliarde Mark!) und nimmt einen Zusammenschluß mit der Anchor and Brocklebank-Linie für die Indienfahrt und mit der Commonwealth and Dominion-Linie für die Australienfahrt vor.

Die französische Petroleumgesellschaft Omnium international des Pétroles erhöht ihr Kapital von 30 auf 60 Millionen Francs und gleichzeitig erhöht die belgische Gesellschaft Pétroles de Roumanie ihr Kapital von 5 auf 15 Millionen Francs, um sich an der Aktienzeichnung zu beteiligen; die französische Gesellschaft kontrolliert außerdem die rumänische Erdölgesellschaft Columbia, deren Reingewinn für dieses Jahr auf nicht weniger als 40 Millionen Lei geschätzt wird.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kemetiner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

TRADITION
PROBLEM
Garantiert erste Qualität